

Evangelische Verantwortung



Herausforderung Islam

Zwischen Dialog und
Kampf der Kulturen?

Prof. Dr. Hans-Martin Barth *Seite 3*

Christen und Muslime
in Deutschland
Wie kommen wir zusammen?

Klaus Baschang *Seite 7*

- 6** *Keine verbrauchende Embryonenforschung in Deutschland*
- 15** *Einladung zur 45. EAK-Bundestagung in Berlin*
- 16** *Dr. Ingo Friedrich: Nachruf auf Werner Dollinger*

Liebe Leserin, lieber Leser,



„Gerade in einer freiheitlichen und modernen Demokratie muss das Recht auf konkrete Glaubens- und Gewissensfreiheit gewahrt werden.“

der bedenklichen Relativierung von religiösen Traditionen und Bewusstseinsbildungsprozessen die zunehmende gesellschaftliche Einsicht, dass „Religion“ – in welcher Form auch immer – durchaus wieder im Kommen ist. Dieses Phänomen gilt es sehr ernst zu nehmen, insbesondere dann, wenn es darum geht, einer nachwachsenden Generation in einer zunehmend globalisierten und unübersichtlicher werdenden Welt die nötige Orientierung und kritische Mündigkeit zu verschaffen, auch in religiösen Dingen die Geister scheiden zu lernen. Gerade solcher „Wiederkehr von Religion(en)“ begegnet man bildungspolitisch auf völlig unangemessene Weise, wenn man etwa, wie in Berlin und Brandenburg, qualifizierte und bewährte Angebote religiöser Bildungskultur, die zur authentischen wie kritischen Auseinandersetzung zuallererst instand setzen, aus ideologisch-politischen Gründen zerstört und bekämpft: Der Ruf nach „Ethik“, „LER“ und „Lebenskunde“, sofern er nicht als Wahlalternative und Ergänzung zum traditionellen konfessionellen Religionsunterricht, sondern als dessen vermeintlich höherwertiger „Ersatz“ verstanden wird, dient weder der Beförderung kritischer Wertebildung noch dem grundgesetzlich garantierten Recht auf religiöse Entfaltung. Gerade bildungsbewusste junge Mütter und Väter von

es gibt ein „Recht des Kindes auf Religion“. So hat es der evangelische **Tübinger Religionspädagoge Friedrich Schweitzer** in einem viel beachteten, gleichnamigen Buch einmal sehr schön formuliert. Darin stellt er klar: „Das Fehlen einer – angemessenen – religiösen Erziehung bedeutet für die Selbstwerdung des Kindes (...) einen Mangel. Neben der Gefahr einer ‚Gottesvergiftung‘ steht die eines ‚Kaspar Hauser‘-Syndroms in Folge religiöser ‚Unterernährung‘ des Kindes.“

Diesem Befund bezüglich der Unverzichtbarkeit religiöser Bildungsangebote gesellt sich nach einer langen Phase

Heute erkennen wieder neu, dass die jahrzehntelangen Prozesse religiöser Analphabetisierung und Marginalisierung an der Wirklichkeit der Bedürfnisse ihrer Kinder und ihrem Erziehungsauftrag vorbeigehen.

Es ist darum als ein großer Erfolg zu werten, dass es der von den großen Kirchen mitgetragenen **Initiative „ProReli“ e.V.** in der Bundeshauptstadt nun gelungen ist, mit fast doppelt so vielen Unterschriften wie erforderlich die erste wichtige Hürde des Volksbegehrens zur Etablierung des Unterrichtsfaches „Religion“ als ordentliches Lehrfach zu nehmen. Der EAK der CDU/CSU und die CDU Deutschlands haben diese Initiative, zu deren Erstunterzeichnern Bischof Dr. Wolfgang Huber und Kardinal Sterzinsky gehörten, von Anfang an unterstützt. Viele Zehntausende Bürgerinnen und Bürger haben durch ihre Unterschrift ihren Willen dokumentiert, dem Religionsunterricht in Berlin endlich den Status zu gewähren, der ihm als Lehrfach eigentlich zukommt.

Gerade in einer freiheitlichen und modernen Demokratie muss das Recht auf konkrete Glaubens- und Gewissensfreiheit gewahrt werden und darf nicht einem abstrakten oder gar religionsfeindlichen Werteverständnis geopfert werden.

Am 21. April 2008 gedenken wir des **200. Geburtstages von Johann Hinrich Wichern**. Sein Name und sein Lebenswerk sind gleichsam zum Synonym für das aus der christlichen Liebe erwachsene und dem hilfebedürftigen Nächsten zugewandte diakonische Handeln der Kirche geworden. In seinem Hamburger „Rauen Haus“, nahm er sich, motiviert vom Gedanken des unendlichen Wertes jeder einzelnen Persönlichkeit, der verwahrlosten Kinder an und gab ihnen ein menschenwürdiges, von familiärer Zuneigung und individueller Förderung getragenes, neues Zuhause. Vertrauen und Liebe als Band rettender Gemeinschaft gekoppelt mit dem christlichen Freiheitsgedanken haben die Geschichte der Diakonie bis heute geprägt.

Ein gesegnetes Osterfest wünscht Ihnen
Ihr

Thomas Rachel MdB
Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

Inhaltsübersicht

- 2 Editorial
- 3 Herausforderung Islam – zwischen Dialog und Kampf der Kulturen?
- 4 Dank an Kardinal Lehmann
- 6 Keine verbrauchende Embryonenforschung in Deutschland
- 7 Christen und Muslime in Deutschland – Wie kommen wir zusammen?
- 14 Evangelisches Leserforum
- 16 Aus unserer Arbeit: Nachruf auf Werner Dollinger von Dr. Ingo Friedrich



Herausforderung Islam

– zwischen Dialog und Kampf der Kulturen?

| Prof. em. Dr. Hans-Martin Barth

Der amerikanische Oberrabbiner Jonathan Sacks hat ein Buch geschrieben, das vor kurzem auf Deutsch unter dem Titel erschienen ist: „Wie wir den Krieg der Kulturen noch vermeiden können“. Meine These: Der Kampf der Kulturen ist nicht zu vermeiden, aber es kommt darauf an, wie er geführt wird. Er muss dialogisch geführt werden. Zum dialogisch ausgetragenen Kampf der Kulturen sehe ich keine Alternative. Wenn zwei Kulturen im selben geographischen Raum gänzlich oder auch nur in Teilen sich gegenseitig in Frage stellen, muss es zum Konflikt kommen. Dass sie in Parallelgesellschaften nebeneinander her leben, dürfte, langfristig gesehen, die Kluft nur vertiefen. Abgesehen davon wäre es auch ein Verlust an kreativer kultureller Dynamik. Es kommt zum „clash“. Damit es aber nicht zum „crash“ kommt, muss der Konflikt dialogisch ausgetragen werden. Ich frage im Folgenden – als evangelischer Theologe – erstens, wer

sind die Konfliktpartner, zweitens, worum wird es in der Auseinandersetzung gehen, drittens, wie kann und muss sie geführt, und schließlich viertens, worin bestehen ihre Ziele und Chancen? Meine Devise: Keine Angst vor einem dialogisch geführten Kampf der Kulturen!

1. Die Konfliktpartner

Der Islam ist ein vielschichtiges und pluriform sich darstellendes Phänomen; vielleicht sollte man gar nicht immer von „dem“ Islam sprechen. Aber auch die westliche Gesellschaft lässt sich ja nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Zu differenzieren ist das Gebot der Stunde. Ich habe in Marburg einen kleinen „Runden Tisch der Religionen“ gegründet, an dem sich neben Christen und Muslimen u. a. auch Juden und Buddhisten beteiligen. Dabei wird mir deutlich, dass es sich empfiehlt, sich nicht

auf das Gegenüber von Christentum und Islam allein festzulegen. Inzwischen melden sich auch die „neuen Atheisten“. Es bedarf in unserer Gesellschaft zwischen den verschiedenen Weltanschauungen vieler und vielfältiger Dialoge! Trotzdem steht natürlich die Auseinandersetzung mit dem Islam im Vordergrund.

2. Das Streitobjekt

Worum geht der Kampf? Er geht konkret darum, welche Kultur die leitende sein wird oder ob sich aus den Quellen der konkurrierenden Kulturen ein Drittes, ein Neues entwickeln kann und wie dies aussehen könnte. Der Begriff „Leitkultur“ ist bekanntlich umstritten. Wen leitet die Leitkultur wohin? Vor allem aber: Wer oder was leitet die Leitkultur? Mit dieser Frage sind die verschiedenen gestaltenden Kräfte einer Gesellschaft angesprochen.

Wenn sie nicht einfach bestehende Traditionen fortschreiben wollen, müssen sie sich diese Frage gefallen lassen. Damit stehen insbesondere die in einer Gesellschaft vertretenen weltanschaulichen und religiösen Optionen auf dem Prüfstand. Dabei können die elementaren Forderungen der Menschenrechte nicht zur Disposition stehen. Der Politik ist es angetragen, hier wachsam zu sein und konzessionslos zu handeln. Auseinandersetzungen müssen auf der Ebene und unter der Voraussetzung des geltenden Rechts geführt werden. Fruchtbarer Dialog kann nicht anders beginnen und dann auch geführt werden als auf der Basis des jeweils geltenden Rechts. Dies schließt nicht aus, dass es zu Modifikationen des geltenden Rechts kommen kann, wodurch erneut Rechtssicherheit geschaffen wird. Die deutsche Erfahrung mit 30-jährigem Krieg und Westfälischem Frieden hat gelehrt, dass das Recht auch dort Frieden zu schaffen vermag, wo der Dialog nicht zum Ergebnis führt.

Konzentriert man sich im Blick auf den Islam auf die religiöse Seite der Problematik, so stehen mit Islam und Christentum zwei Weltreligionen einander gegenüber, von denen sich die eine als Religion des Friedens, die andere als Religion der Liebe bezeichnet. Welch schöne Komplementarität! Doch das Christentum hat leider unter Beweis gestellt, dass es sich oftmals nicht als Religion der Liebe gezeigt hat, und der Islam hat weder in seiner Anfangsgeschichte deutlich machen können, dass er eine Religion des Friedens ist, noch auch zeigt er

es in seiner derzeitigen Phase. Trotzdem sind „Liebe“ und „Friede“ hoffnungsfördernde Begriffe, die man festhalten sollte. Der ideologische Gegensatz jedoch dürfte ein anderer sein. Obwohl der Begriff „salam“ in dem Wort Islam programmatisch enthalten zu sein scheint, beruht dies auf einer unpräzisen Etymologie. Der Begriff leitet sich nicht unmittelbar ab von „salam“/ „Friede“, sondern von „aslama“/ „sich ergeben“: Islam ist die Ergebenheit gegenüber Allah; der Muslim / die Muslima ist der /die Gott Ergebene. Das Christentum demgegenüber, das protestantische zumal, ist primär und wesentlich geprägt von der durch das Evangelium angebotene und gewiesene Freiheit. Ein Christenmensch ist ein „freier Herr über alle

Dinge und niemandem untertan“ (Martin Luther, Von der Freiheit eines Christenmenschen). In falsche Liberalität gleitet sie nur dann ab, wenn und sofern sie sich nicht der Liebe verpflichtet weiß und „jedermann untertan“ bleibt. Der Westen steht für Experiment und Risiko, für das Ausloten immanenter Möglichkeiten. So scheint es nahezu kein einziges Tabu mehr zu geben; die Diskussionen um Schwangerschaftsabbruch, Euthanasie, Homosexualität und neuerdings Inzest schreckenden auf traditionelle Weise „Gott ergebenen“ Menschen. Der Islam steht für gottgegebene Norm und klare Orientierung. In den westlichen Gesellschaften deuten sich inzwischen Grenzen der Grenzenlosigkeit an; im Islam werden mitunter Stimmen laut, die nach der Lockerung traditioneller Grenzen fragen. Der dialogisch auszutragende Kampf der

Der dialogisch auszutragende Kampf der Kulturen geht, auch aus religiöser Perspektive gesehen, um das Verhältnis von Freiheit und Norm, von Norm und Freiheit.



Kulturen geht, auch aus religiöser Perspektive gesehen, um das Verhältnis von Freiheit und Norm, von Norm und Freiheit.

3. Der Stil der Auseinandersetzung

Wie muss eine dialogische Auseinandersetzung geführt werden? Der Dialog ist eine abendländische Form der Auseinandersetzung. Der Islam hat, wenn überhaupt, eine eigene Dialogtradition, die wohl primär in der Traditionsübergabe von Lehrer zu Schüler besteht. Wenn der Westen Dialog einfordert, zerrt er den Partner auf ein ihm fremdes Parkett. Von der Moscheegemeinde wird man nicht zur Diskussion eingeladen, sondern zum Tee. Deswegen sollte sich auch die westliche Seite vor allem Dialogisieren erst einmal auf ihre Gastfreundschaft besinnen. Ein Dialog und erst recht eine dialogisch geführte Auseinandersetzung fordert Informiertheit und Vertrautsein. In dieser Hinsicht ist in Europa bisher wohl noch zu wenig passiert.

Eine sozusagen vorwissenschaftlich-selbstverständliche Grundregel aller gelingenden Kommunikation besteht zweitens darin, dass man den Partner ausreden und das Seine sagen lässt. Wenn

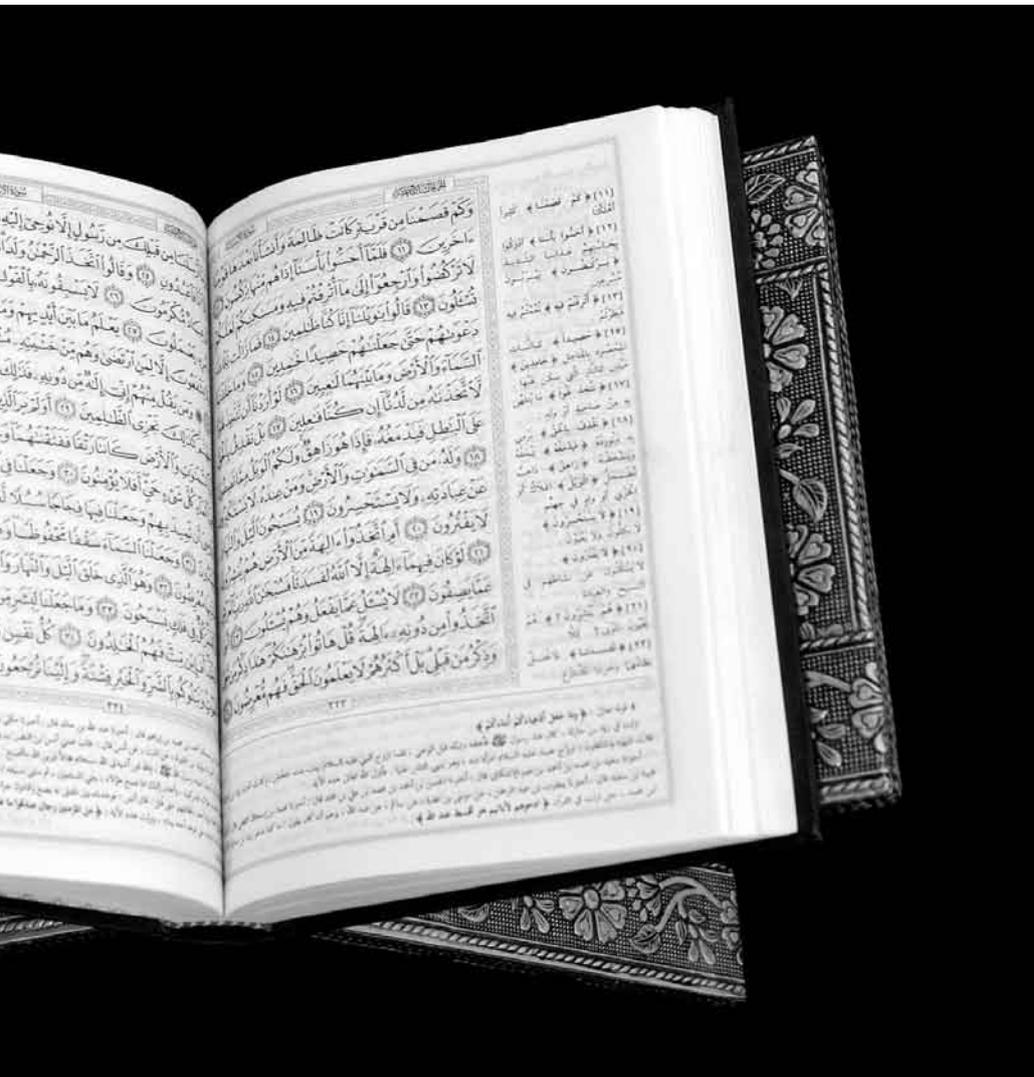
Pressemitteilung vom 15.01.2008

Dank an Kardinal Lehmann

Zu dem für den 18. Februar angekündigten Rücktritt Karl Kardinal Lehmanns vom Amt des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) und Parlamentarische Staatssekretär, Thomas Rachel MdB:

„Karl Kardinal Lehmann hat in über 20 Jahren als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz in sehr persönlicher Weise den Dialog zwischen den Kirchen mit besonderer Herzlichkeit und Geschwisterlichkeit geprägt. Hierfür sind wir als evangelische Christen sehr dankbar und empfinden tiefen Respekt für dieses Wirken.“

Da Karl Kardinal Lehmann sein Amt als Bischof von Mainz weiterführen wird und bereits angekündigt hat, dass ihm auch zukünftig die Fragen der Ökumene besonders am Herzen liegen werden, wünschen wir ihm eine baldige Genesung und weiterhin Gottes Segen für diese Aufgaben.“



Spendenstand

Seit dem 1. Januar 2008 haben insgesamt 71 Spender 3.308,00 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:
Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr. 266 098 300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: www.eak-cdcsu.de

zu lernen, wobei die christliche Seite allerdings die aktivere ist. Muslime meinen, über das Christentum Bescheid zu wissen, was allerdings in der Regel mitnichten der Fall ist.

Sobald es denn zu einer echten religiösen Auseinandersetzung kommt, ist auf christlicher Seite das „sic et non“ / das „Ja und Nein“, oder besser: „sic, sed non“ / das „Ja, / nicht jedoch“ zu üben: Wenn Muslime sagen, „dshihad“ bedeute in allererster Linie den inneren Einsatz für Allah, dann können Christen sagen: Gut so, auch wir bemühen uns – katholisch gesprochen, um ein heiligmäßiges Leben, protestantisch: um den Kampf der Heiligung; sogar der Begriff „Kampf“ vermag uns zu verbinden. Wenn andere Muslime aber sagen, mit „dshihad“ sei der Einsatz von Gewalt gefordert, dann gilt ein klares: „quod non“ / „so nicht“. Wir kämpfen „sine vi humana, sed verbo“ / „ohne menschliche Gewalt, allein durch Gottes Wort“, wie unsere Bekenntnisschriften sagen (Das Augsburger Bekenntnis XXVIII, BSLK, S. 124).

In anderen Fällen muss die Gegenseite tapfer ausgesprochen und begründet werden. Das heißt beispielsweise: Wenn Muslime sagen, niemand dürfe die exklusive Einheit und Einzigkeit Gottes antasten und ihm etwas beigesellen, werde ich als Christ antworten: So sehe ich das auch; nicht im Koran, sondern in der Hebräischen Bibel, im Alten wie im Neuen Testament lese ich das Gebot: Keine anderen

Götter neben Gott! Du sollst Gott, deinen Herrn anbeten und ihm allein dienen! Aber ich verstehe den einen Gott als den dreieinen, der sich durch Jesus Christus und im Heiligen Geist mir vergegenwärtigt. Nur so auch macht der Begriff Einheit und Einzigkeit Gottes Sinn; eine isolierte

sich der eine Gesprächspartner aus dem Dialog zurückzieht, weil der andere etwas ihm Widersprechendes geäußert hat, wie angesichts der Islam-Handreichung der EKD (Klarheit und gute Nachbarschaft. Christen und Muslime in Deutschland, EKD Texte 86), ist der Dialog mindestens erschwert. Inzwischen ist er ja in Mannheim immerhin fortgesetzt worden. Auch der Islam muss das Seine sagen dürfen.

Drittens: Da sich die islamische Kultur als religiöse begreift und von der Religion ihren kulturellen und gesellschaftlichen Anspruch ableitet, muss der Dialog natürlich auch religiös geführt werden. Damit meine ich nicht akademische Dialoge, in denen man sich nicht zu nahe tritt, sondern die echte weltanschauliche und religiöse Auseinandersetzung. Sie erfordert, wenn es um säkulare humanistische Positionen geht, den Kampf für bewährte Optionen der Aufklärung und gegen den Fundamentalismus. In besonderer Weise aber ist hier das Christentum herausgefordert.

Ich spreche als evangelischer Christ und Theologe. Ich will mir und meiner Kirche im Sinn der 1934 formulierten 6. Barmer These einschärfen: „Der Auftrag

der Kirche, in welchem ihre Freiheit (auch gegenüber dem Islam!) gründet, besteht darin, an Christi Statt und also im Dienst seines eigenen Wortes und Werkes durch Predigt und Sakrament die Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk“ – auch an Muslime. Deswegen brauchen wir eine eigene, auf den muslimischen Partner zugeschnittene, seine Fragen aufnehmende und beantwortende Theologie. Immerhin bezieht sich der Islam auf Inhalte der christlich-jüdischen Tradition. Er ist zudem eine Weltreligion, die im Gegensatz zu Hinduismus oder Buddhismus post Christum natum entstanden ist. Die christliche Theologie hat sich mit der Säkularisation auseinandergesetzt, sie reflektiert die Phänomene Religion und Religiosität und neuerdings den Platz des Christentums im Kontext der Weltreligionen. Doch zu einer eigentlich religiösen, spirituellen, theologischen Auseinandersetzung zwischen Christentum und Islam ist es noch kaum gekommen. Noch immer scheint es weithin nur darum zu gehen, den Partner erst einmal kennen

Muslime meinen, über das Christentum Bescheid zu wissen, was allerdings in der Regel mitnichten der Fall ist.

Lesetipp



Hans-Martin Barth, **Dogmatik.** Evangelischer Glaube im Kontext der Weltreligionen. 3. aktualisierte und ergänzte Auflage 2008, Gütersloher Verlagshaus, 872 Seiten, ISBN 978-3-579-08030-7, 29,95 EUR,

solipsistische Einheit ist eine tote Einheit; der dreieine Gott aber ist der lebendige Gott, Leben schaffend und erfüllt von der Dynamik der Liebe. Solcher Beispiele gibt es viele.

Die christlichen Kirchen und ihre Theologen und Theologinnen sollten endlich Vorschläge dazu erarbeiten, wie christlicher Glaube in seiner befreienden und beglückenden Funktion gerade auch für Muslime verständlich und attraktiv werden kann. „Proposer la foi“ / „den Glauben anbieten“ – das ist die Aufgabe christlicher Verkündigung nicht nur für den Glauben entfremdete Menschen, sondern für Anhänger aller Religionen und Weltanschauungen. Auch der Islam schlägt uns seinen Glauben auf vielfältige Weise

vor. Wir können einander das nicht ersparen. Wenn es aber beiden Seiten um die Ehre Gottes und das Wohl und Heil der Menschen geht, dann sollten sich auf diese Weise doch fruchtbare Streitgespräche ergeben.

4. Ziele und Chancen der dialogischen Auseinandersetzung

Worin liegen Ziele und Chancen einer dialogisch geführten Auseinandersetzung zwischen dem Islam und dem Westen? Wenn die Konfliktpartner nicht blind sind und schlicht nur auf den Sieg der eigenen Seite setzen, sind

mehrere Ziele und Chancen denkbar. Ein erstes Ziel könnte darin bestehen, sich um eine gemeinsame Sprache zu bemühen, die jede der beiden Seiten befähigt, sich verständlich zu machen und zu verstehen. Die Kommunikation über kulturelle Differenzen, in der niemand sich verteidigen muss, muss kultiviert und eingeübt werden. Eine neue kulturelle Aufgabe! Dabei könnte sich zeigen, was der eingangs zitierte Rabbiner Sacks als „The Dignity of Difference“ / „Die Würde der Verschiedenheit“ nennt; so heißt nämlich der Originaltitel seiner Veröffentlichung, den der deutsche Verleger weggelassen hat. [...]

Das Ziel der religiösen Kräfte auf beiden Seiten müsste es sein, das den Religionen Gemeinsame nicht zur Verharmlosung der Situation und zur Etablierung eines falschen Friedens zu missbrauchen, sondern es gegen alle tatsächlich vorhandenen Unterschiede und zentripetalen Kräfte mutig in die Waagschale zu

werfen. Als evangelischer Christ und Prediger, dem es darum geht, dass Gottes Name geheiligt wird und dass sein Reich kommt, dass die Menschheit nicht in Materialismus und Turbo-Kapitalismus versinkt, verkündige ich etwas, das auch dem Imam, dem Prediger auf der anderen Seite, wichtig ist. [...]

Aber man kann noch einen Schritt weitergehen. Man kann die Aufeinanderverwiesenenheit von Islam und Christentum als providentiell verstehen. Der Islam setzt auf traditionelles Recht und droht dabei fundamentalistisch und starr zu werden. Das europäische Christentum setzt auf Freiheit und

droht dabei, zur Auflösung der Gesellschaft und ihrer Moral beizutragen. Der Islam hat innerhalb westlicher Gesellschaften Chancen, die ihm in islamischen Ländern meist verwehrt sind: Er kann es sich leisten, sich konstruktiver Selbstkritik und zunehmender Freiheit zu öffnen. Europa könnte zur Wiege eines erneuerten Islam werden und damit eine Schuld abgleichen, die es nicht nur durch Kreuzzüge und Kolonialismus auf sich geladen hat. Der Westen aber könnte sich durch den Islam an seine religiösen Wurzeln, seine besten Traditionen und an seine stärksten innovativen Kräfte erinnern lassen, so dass die Begegnung mit dem Islam eine Schubkraft auch für die Erneuerung des Christentums darstellen würde. Der Islam könnte so der Christenheit etwas davon zurückgeben, was er in Gestalt vormals christlicher Gebiete ihr genommen hat.

In der Reformationszeit hat man den Islam als Strafe Gottes verstanden, in der Aufklärung als Chance für die Verbreitung des Monotheismus in Regionen, die vom Christentum nicht erreicht wurden. Beide Antworten überzeugen heute nicht. Aber eine Antwort muss gefunden werden; es könnte sein, dass es nicht der Islam ist, der den Westen und die westliche Christenheit herausfordert, sondern der allmächtige Gott.

| Der Beitrag ist die gekürzte Fassung eines Vortrags, den der Autor am 15. Juni 2007 im Rahmen der 44. Bundestagung des EAK der CDU/CSU in Potsdam gehalten hat.

Den vollständigen Beitrag mit den bibliographischen Angaben der Zitate können Sie unter www.eak-cducsu.de, Rubrik „Download“, abrufen.

Pressemitteilung vom 18.01.2008

Klonexperimente und verbrauchende Embryonenforschung sind und bleiben in Deutschland verboten

Aus den USA wird aktuell berichtet, dass es dort gelungen sei, auf dem Wege des Zellkerntransfers aus menschlichen Hautzellen Embryonen zu klonen. Dazu sei eine Hautzelle in eine menschliche Eizelle eingesetzt worden. Hieraus habe sich dann ein menschlicher Embryo in einem frühen Stadium entwickelt.

Hierzu erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) Thomas Rachel MdB:

„Diese Forschung ist ethisch äußerst bedenklich. Das so genannte Forschungsklonen oder Therapeutische Klonen ist und bleibt nach dem Embryonenschutzgesetz in Deutschland verboten. Auch die Verwendung humaner embryonaler Stammzellen aus geklonten Embryonen für die Stammzellforschung in Deutschland ist und bleibt durch das Import- und Verwendungsverbot im Stammzellgesetz ohne Ausnahme ausgeschlossen.“



Prof. em. Dr. Hans-Martin Barth lehrte bis zu seiner Emeritierung Systematische Theologie an der Philipps-Universität in Marburg (E-Mail: barthh-m@staff.uni-marburg.de).



Christen und Muslime in Deutschland

Wie kommen wir zusammen?

| Klaus Baschang

I. Die Anfänge

Der Islam ist in Deutschland angekommen. Es sind nicht die Geschichten von Karl May oder die Erzählungen aus Tausendundeiner Nacht. Es sind Gülcin, Sultan, Halil, Aishe, Necla, Erkan und viele andere Menschen muslimischen Glaubens. 1961 hatte die Bundesrepublik ein Anwerbeabkommen mit der Türkei abgeschlossen. Die Zahl der türkischen Zuwanderer stieg alsbald weit über die der Zuwanderer aus Italien, Griechenland und Spanien an, mit deren Ländern vergleichbare Abkommen schon früher abgeschlossen wurden.

Damals kam in einer süddeutschen Mittelstadt Sultan in eine evangelische Kindertagesstätte mit Mittagsverpflegung. Sofort erhielt die Küche die Weisung, hinfort kein Schweinefleisch mehr zu verwenden. Niemand hat darüber nachgedacht, ob in kulturellen Wertorientierungen die Mehrheiten

sich vor Minderheiten zu beugen haben oder die Minderheiten sich den Mehrheiten anpassen sollten. – In derselben Stadt gab es ein evangelisches Jugendzentrum, eine Art Jugendakademie für die übergemeindliche offene Jugendbildungsarbeit. Alsbald wurde es für die Jugendlichen aus islamischen Familien geöffnet, damit sie einen Treffpunkt mit deutschen Jugendlichen hätten. Aus den islamischen Familien kamen aber nur männliche Jugendliche. Die Mädchen mussten zu Hause bleiben. Die deutschen Mädchen blieben dann

freiwillig zu Hause, bald danach auch die deutschen Jungen. Integration ausschließlich nach den Bedingungen derer, die neu in die Stadt gekommen waren. – Später wurde eine Moschee gebaut. Darüber kam es zu einer öffentlichen Diskussion. Die Evangelische Kirche hat zum Frieden geraten und aus der bei uns geltenden Religionsfreiheit heraus das Recht der

Islamische Mission zielt nicht auf Bekehrung der Herzen und Gewissen der Menschen wie die Mission der Christen.

Muslime zum Bau ihrer Moschee betont. Nach gründlichen Überlegungen hat einer ihrer örtlichen Repräsentanten die Einladung zur Einweihung angenommen und einen Leuchter mitgebracht mit der Botschaft „Jesus Christus ist das Licht der Welt“. In einer Diplomarbeit über „Neue Sakralarchitektur des Islam in Deutschland“ von Sabine Kraft, die auch im Internet eingestellt ist, heißt es aber, dass

bei der Einweihung „Bischöfe beider Konfessionen Grußworte überbrachten“. Das war zwar damals gewünscht worden, ist aber absichtlich so nicht geschehen. Die Autorin hat sehr gründlich recherchiert. Wer hat ihr die Falschmeldung gegeben? Sicher nicht die Bischofskanzleien in Freiburg und Karlsruhe. Das weckt Verdacht.

Muslime aus der Türkei sind die größte Gruppe der Menschen unter uns, die dem Islam verbunden sind. Hinzu

kommen aber Muslime aus dem Iran, aus Afghanistan, aus den arabischen Ländern. Ihr Anteil an der deutschen Bevölkerung ist nicht genau auszumachen. Auch deutsche Konvertiten in den Islam aus anderen Religionen und aus der Religionslosigkeit sind hinzuzuzählen.

II. Der Islam – was für eine Religion ist das?

1. Der Islam ist eine stolze Religion

Er nimmt für sich in Anspruch, die abschließende Offenbarung der Wahrheit Gottes zu sein. Er überbietet Judentum und Christentum, die ihm historisch vorausgehen, aber nun von ihm überholt sind. Mit ihm ist die Offenbarungsgeschichte Gottes an ihr immanentes Ende gekommen. Er versteht sich als die Ur-Religion schlechthin, die Einlösung aller religiösen Erwartungen und Versprechungen. Wo er hinkommt, da führt er die Menschen zu ihrer wahren Bestimmung.

Nach seinem Selbstverständnis entspricht der Islam der gottgeschaffenen Natur des Menschen. Darum gehört er überall hin, wo Menschen leben und ist nirgendwo fremd. Wo immer er heute steht und künftig stehen wird, da ist er virtuell schon immer gewesen und darum mit Recht jetzt da und künftig auch dort. Das gilt für die nordafrikanischen Staaten ebenso wie für den Balkan, für die ehemaligen islamischen Territorien in Spanien ebenso wie neuerdings für Düsseldorf, Hamburg und Berlin.

Darum hat der Islam ein geradezu natürliches Recht auf fremdes Land und Gut. Denn durch ihn wird die ursprüngliche Bestimmung eines jeden Volkes zur Wahrheit und Wirkung gebracht, wird nur öffentlich wiederholt, was schon immer wahr war. Der Ruf des Muezzin bringt das zum Ausdruck: Fünfmal täglich die Proklamation der Allah-Herrschaft. [...] Mit dieser Herrschaftsproklamation unterscheidet sich der Ruf des Muezzins kategorial vom Glockengeläut der christlichen Kirchen, das die Menschen zum Gebet ruft.

2. Der Islam ist eine missionarische Religion

Die Welt ist überall dort im Elend, wo der Islam noch nicht oder nicht mehr aktiv und bestimmend ist. Aber die Welt kommt zum Guten, wenn sich der Islam weltweit ausbreitet. Wo Islam ist, da ist

Glück, Friede, Zufriedenheit, Gerechtigkeit. Diese Aussicht ist so wichtig, dass sie notfalls auch mit Gewalt verfolgt werden kann. „Djihad“ meint eben beides: die religiöse Verinnerlichung und den Kampf gegen die Ungläubigen. Auch „taqiyya“ ist angebracht, erlaubt, geradezu geboten; „taqiyya“ ist die bewusste Täuschung und Verstellung in der Auseinandersetzung mit den Ungläubigen.

Man sagt, die muslimische Mission sei eine tolerante gewesen und verweist dazu gerne auf Spanien. In Nordafrika war es anders; das darf nicht verschwiegen werden. Auch in Spanien haben muslimische Eroberer und jüdisch-christliche Altbevölkerung keineswegs so friedlich zusammen gelebt, wie es sich der rückwärts gewandte Traum wünscht. Den Nichtmuslimen waren die Zugänge zu politischen Ämtern versperrt, sie mussten öffentlich durch ihre Kleidung ihre nichtmuslimische Religion zu erkennen geben, durften nur Esel und Maultiere und keine Pferde reiten, mussten selbstverständlich aufstehen, wenn ein Muslim sich setzen wollte, durften keine Waffen tragen und hatten sogenannte Schutzzölle zu zahlen, deren Höhe ein willkommenes Einkommen für die Muslime war, sodass eine Bekehrung der Juden und Christen zu Allah gar nicht im Interesse der Muslime lag.

Islamische Mission zielt nämlich nicht auf Bekehrung der Herzen und Gewissen der Menschen wie die Mission der Christen. Es geht ihr um die Etablierung der muslimischen Rechtsordnung, um die Realisierung einer Gesellschaftsordnung nach den Regeln der Scharia.

Es geht nicht um den einzelnen Menschen und dessen Verantwortung vor Gott und den Mitmenschen. Es geht vielmehr um ein religiös bestimmtes Gruppenbewusstsein. Die religiöse Gruppe, die „umma“, steht für die Wahrheit, nicht der einzelne Mensch. Die Würde der Gruppe ist vorrangig vor der individuellen Würde ihrer Mitglieder. Darum sind in den Menschenrechtserklärungen islamischer Staaten und Staatenbünde die individuellen Menschenrechte dem Scharia-Recht untergeordnet. Darum ist der Weggang vom Islam in die Glaubenslosigkeit oder in eine andere Religion Staats- und Hochverrat und mit der Todesstrafe bedroht. [...]

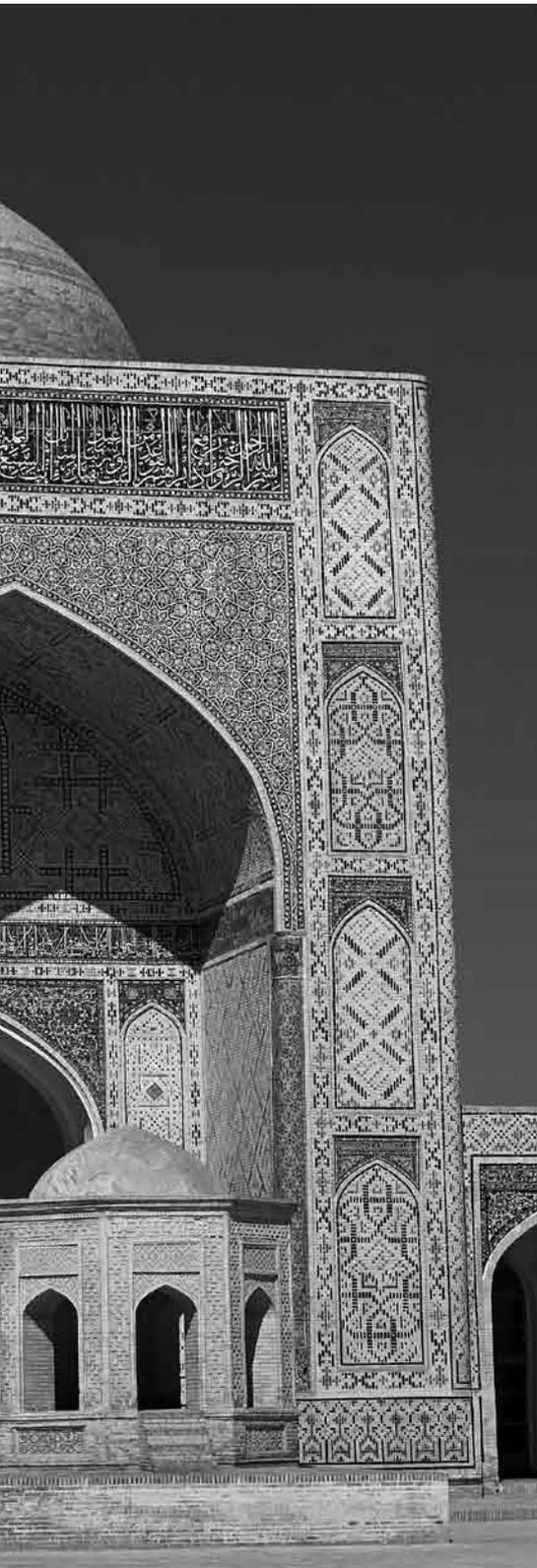
3. Der Islam ist eine politische Religion

Wer durch Hauptstädte der reichen Ölstaaten am Golf fährt, bekommt Gebäude gezeigt, in denen das „Ministerium für



Religions- und Rechtsfragen“ untergebracht ist. Das sind nicht zwei Ministerien in einem gemeinsamen Gebäude wie bei uns etwa Finanz- und Kultusministerium, sondern es ist eben ein einziges Ministerium, das für Religions- und Rechtsfragen zugleich zuständig ist. Religionsausübung und staatliches Recht sind nicht getrennt, sondern bilden eine Einheit.

Die Geschichte lehrt: Die Verbindung von Mission und Politik ist eine gefährliche Mischung. Gewalt wird in den Dienst der Religion gestellt, Religion kann



gewalttätig entarten. Das weiß das Christentum nur zu gut. In jeder Talk-Show zum Thema wird mit anklagender Miene von der Blutspur der Kreuzzüge geredet. Verschwiegen wird aber, dass diesen eine blutige muslimische Eroberung der sog. heiligen Stätten in Palästina voraus ging und ein Verbot christlicher Wallfahrten in das Heilige Land. Verschwiegen wird auch, dass es innerhalb des Christentums zu allen Zeiten Reformbewegungen gab und etwa in der heutigen Friedensbewegung gibt, die gegen die Gewalttätigkeiten im

Namen des Christentums aufgetreten sind. Im Islam gibt es solche Friedensbewegungen nicht. Verschwiegen wird auch, dass sich Papst Johannes Paul II. im Jahr 2000 mit einer mea-culpa-Erklärung von den Kreuzzügen distanziert und ein Jahr später im Mai 2001 in der Omajjaden-Moschee in Damaskus die Muslime um Vergebung gebeten hat. Die Scharfrichter der deutschen Medienszene wissen und beachten das ebenso wenig wie die Muslimführer in Deutschland.

Man muss auch differenzieren zwischen einer Gewaltanwendung zu Gunsten angegriffener Menschen, die größeres Übel verhindern will, und einer Gewaltanwendung zur Ausbreitung der religiösen Botschaft. Das sind grundsätzlich verschiedene Prinzipien. Oft genug wurden sie nicht rein durchgehalten. Aber gerade deshalb muss man die christlich legitime „Androhung und Ausübung von Gewalt“ zur Bewahrung und Herstellung von „Recht und Frieden“ (Barmer Theologische Erklärung Artikel 5) deutlich unterscheiden von der nicht legitimen Gewalt zur Ausbreitung des Glaubens.

Wenn Religionen durch Gewalt pervertieren, kommen sie nur in Ordnung, wenn sie sich ihrer Ursprünge erinnern. Von ihren Ursprüngen her muss ihre Gegenwart geklärt werden. Am Ursprung des Christentums steht der mittellose und ehelose Wanderprediger Jesus von Nazareth. Am Ursprung des Islam steht der erfolgreiche Kaufmann Mohammed, der mit mehreren Frauen verheiratet war. Jesus ließ sich für seine Sache selbst zu Tode bringen. Mohammed hat für seine Sache andere Menschen zu Tode bringen lassen. Christliche Märtyrer haben ihr Leiden immer als eine Teilhabe am Leiden Christi verstanden. Sie haben es nicht aktiv gesucht, sondern passiv erdulden müssen. Im Leiden wie Christus werden – das gab ihrem Leiden Sinn. Der Märtyrer des Islam ist dagegen ein aktiver Kämpfer. Er setzt sein Leben bewusst aufs Spiel, um seiner Religion zur Ausbreitung zu verhelfen und möglichen Widerstand dagegen auszurotten. Darum erwartet ihn nach seinem Tod eine Belohnung, die ihm das Sterben für seinen Glauben lohnenswert macht.

4. Der Islam ist eine ehrsüchtige Religion

Die stolze Religion erwartet Respekt. Ihre Ehre darf nicht angetastet werden. Im Januar 2007 haben die Muslimverbände

ein lange geplantes Gespräch mit dem EKD-Ratsvorsitzenden platzen lassen, nachdem sie den EKD-Text 86 „Klarheit und gute Nachbarschaft. Christen und Muslime in Deutschland“ (Hannover 2006) gelesen hatten. Ein ähnliches Zeremoniell von emotionaler Entrüstung und selbstbedauernder Beleidigtenpose wurde vor dem Islamgipfel des Bundesinnenministers aufgeführt. Dabei geht es Bischof Huber wie Minister Schäuble um tragfähige Absprachen zum Zusammenleben der Muslime mit den Nichtmuslimen in Deutschland. Der Klärungsbedarf ist enorm. Aber er wird zunächst einmal heftig mit Empörungsritualen zugedeckt.

Muslimische Ehre erwartet, dass kritische Fragen gleich gar nicht gestellt werden. Man wirft der Mehrheitsbevölkerung ungeniert mangelnde Integrationsbereitschaft vor, wenn sie die Forderungen der Minderheit nicht blind akzeptiert, sondern darüber diskutieren will.

Es gilt die Regel: Niemals eine eigene Schwäche zugeben, ein eigenes Straucheln oder gar Scheitern. Verantwortung für Probleme tragen immer die anderen. Lehrerinnen und Lehrer der Grund- und Hauptschulen können abendfüllend erzählen, wie empörte Väter auf normale schulische Sanktionen bei ihren Kindern, insbesondere den Söhnen reagieren. Schämen müssen sich immer die anderen. Wenn sich keineswegs mehr bestreiten lässt, dass ein Türkenbub seine Lehrerin als Schlampe oder Hure beschimpft hat, was nicht selten geschieht, dann ist die Lehrerin selbst schuld daran. [...]

III. Regeln für ein Zusammenkommen in „guter Nachbarschaft“

Klar ist, dass unsere Demokratie keine Parallelgruppen dulden darf, die antidemokratische Tendenzen verfolgen. Es genügt nicht, wenn Zustimmung zu den Wertentscheidungen des Grundgesetzes öffentlich erklärt wird, unter der Decke dieser Zustimmung aber grundgesetzwidriges Verhalten z. B. in den Familien fortgesetzt wird. Die Freiheitsgewährungen des Grundgesetzes sind keine verbalen Proklamationen ohne individuelle Inpflichtnahmen, sondern es sind Handlungsmaximen für die staatlichen Organe gewiss, aber ebenso für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Es kann uns nicht gleichgültig sein, mit welchem Frauenbild etwa mehrere Generationen lang junge Muslime heranwachsen. Man mag das Schächten freigeben, die Gleichberechtigung von

Frauen darf aber nicht zur Disposition stehen.

Gleichwohl dürfen die Integrationsbemühungen die Wurzeln nicht einfach abschneiden, aus denen die Migranten leben. Minderheiten besinnen sich umso intensiver ihrer Herkunft, je fremder ihnen die Mehrheitsgesellschaft ist, in die sie kommen. Einer der fatalen Irrtümer rot-grüner Multikultipolitik war die Erwartung, die Immigranten würden sich rasch der religiösen Gleichgültigkeit anschließen, die in Deutschland aus- gebrochen war und die mit dem Verzicht auf den Gottesbezug im Amtseid damals auch noch regierungsamtlich gefördert wurde. Das Gegenteil ist eingetreten: Viele muslimische Zuwanderer haben den Islam erst in Deutschland wieder entdeckt, als sie ihrer selbst un-sicher geworden waren. Die zweite Generation hat von ihren Eltern ein dumpfes Unbehagen an unserer Kultur übernommen und sich mit dem Islam als Gegenmittel vertieft beschäftigt. Das hat die empfundene Fremdheit verstärkt und das Einleben in die neuen Verhältnisse noch mehr erschwert. Jetzt bricht in der dritten Generation oft genug sogar Zorn über die Mehrheitsgesellschaft aus. Denn vielen ist es nicht gelungen, in ihr ihren Platz zu finden. Integration wird abgelehnt. Pauschal wird über Diskriminierung geklagt, von den Deutschen eilfertig ein Antidiskriminierungsgesetz gemacht und völlig unterschlagen, dass es hierzulande z. B. keine Diskriminierung aus religiösen Gründen gibt; aber mit der Aufnahme dieses Begriffs in das Gesetz agiert man so, als gäbe es sie.

Ich schlage vor: Wir verzichten auf das Wort Integration und sagen mit der EKD zusammen „gute Nachbarschaft“. Und wir suchen verbindliche Absprachen über Werteorientierungen, die gute Nachbarschaft ermöglichen, Werteorientierungen, die sich als Grundlagen gemeinschaftlichen Lebens bei uns bewährt haben und darum auch den Muslimen eine Teilhabe an unserem Leben ermöglichen. Das Ziel „Gute Nachbarschaft“ ist von dem Verdacht einer Integration frei, die die Integrierten letztendlich unkenntlich werden lassen könnte. [...]

1. Menschenwürde

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Artikel 1 Satz 1 des Grundgesetzes kann nicht zur Disposition stehen. Unter seinem Schutz stehen auch alle Nichtdeutschen,

aus welchen Gründen auch immer sie zu uns gekommen sind. Er gilt auch für die Muslime. Er gilt unterschiedslos allen Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer weltanschaulichen oder religiösen Einstellung, ihrer Rasse, Hautfarbe usw. Von den Muslimen muss ein Bekenntnis zu dieser uneingeschränkten Geltung des ersten Satzes unserer Verfassung verlangt werden.

Das hat Konsequenzen, z. B. in der Frauenfrage. Frauen sind den Männern gleichberechtigt. Ihre Wegschließung aus der Öffentlichkeit ist Verstoß gegen unsere Verfassung. Hier liegt eine immense Bildungsaufgabe. Wir müssen bereit sein, Frauenbildung für Muslime zu organisieren. Die Muslimverbände müssen uns darin unterstützen, dass sie die Frauen zur Teilnahme an den Bildungsprogrammen motivieren.

Andere Konsequenz: Der Islam teilt die Menschheit in drei Gruppen ein: (1) Muslime, (2) Christen und Juden als Anhänger einer „Buchreligion“, (3) Ungläubige. Die hier lebenden Muslime mögen in ihrem Denken so unterscheiden. Das können wir ihnen nicht verbieten. Wir können aber von ihnen eine bindende Erklärung verlangen, dass sie unserem Staat das Recht zugestehen, diese Unterscheidung in seinem Handeln nicht zu beachten. Christen müssen es aushalten können, dass sie von Muslimen als Unbeschneidete und Schweinefleischesser angesehen werden. Der Staat aber darf für sein Handeln solche Differenzierungen nicht zulassen.

Noch eine Konsequenz aus Artikel 1,1 GG: Arrangierte Ehen verstoßen gegen die Menschenwürde. Unser Staat versucht das, über die Begrenzung des Zuzugsalters zu regeln. Die Muslimverbände sollten sich darüber nicht erregen. Sie könnten auch verbindlich erklären, dass sie auf die Familien hier und im Herkunftsland entschieden einwirken, die Praxis arrangierter Ehen zu unterlassen und im Falle von Verstößen dagegen Sanktionen zu erlassen, so wie sie ja auch rasch eine Fatwah aussprechen können, wenn sie meinen, von Künstlern beleidigt zu werden. [...]

2. Religionsfreiheit

Wenn deutsche Nichtmuslime den Islam als ihre Religion erkennen und Muslime werden, werden sie alsbald in den

Muslimverbänden mit Führungsaufgaben betraut und von den Medien hofiert. Wenn in Deutschland Muslime zum Christentum konvertieren und sich taufen lassen, müssen sie aus ihren Familien und Freundschaften fliehen und sich verstecken; sie sind mit der Strafe des Todes bedroht. Das ist ein unerträglicher Zustand. Von der von unserem Grundgesetz garantierten Religionsfreiheit leben auch die Muslime in Deutschland und dagegen kann niemand etwas haben. Religionsfreiheit heißt auch Freiheit zum Wechsel der Religion und Freiheit zu einem bewusst religionslosen Leben. Dabei geht es nicht nur darum, einer Religion anhängen zu dürfen, ohne dass der Staat oder andere darauf Einfluss nehmen dürfen. Es geht auch darum, sich öffentlich zur eigenen Religion bekennen und für sie werben zu dürfen. Die Moscheen sind auf dem Boden unserer Religionsfreiheit gebaut. Unsere Gerichte waren und sind mit Speise- und Kleiderfragen des Islam beschäftigt. Er nimmt also Religionsfreiheit für sich intensiv in Anspruch. Noch mal: Dagegen ist nichts einzuwenden. Aber was der Islam für sich in Anspruch nimmt, muss er anderen gewähren. [...]

Die christlichen Kirchen werden nicht müde werden, Christenverfolgungen in islamischen Ländern öffentlich anzuprangern und für die Verfolgten und ihre Verfolger zu beten. Bei uns wehren sich die Muslimverbände häufig gegen angebliche pauschale Verdächtigungen des Islam. Eine Kooperation der Verbände mit den Kirchen zum Schutz von Konvertiten wäre die beste Gegenwehr gegen die behaupteten Pauschalurteile.

Dass solches gelingt, liegt auch im Interesse unseres Staates. Er versteht sich als religionsneutraler Staat. Aber er ist daran interessiert, dass die Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsverbände in ihm leben und arbeiten können.

Er will kein religionsloser Staat sein. Ihm ist es wichtig, dass seine Bürgerinnen und Bürger ein waches Gewissen haben und sich für das Gemeinwesen verantwortlich fühlen und handeln. Oft wird den Kirchen vorgeworfen, sie würden staatlich privilegiert. Das stimmt nicht. Die Kirchen werden im Grundgesetz nicht einmal erwähnt! Es ist von Religionsgemeinschaften die Rede und von Vereinigungen, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen. Solche Religions- und Weltanschauungs- gemeinschaften können Körperschaften des öffentlichen Rechts werden. Die



Voraussetzungen dafür sind einfach zu erbringen. Der Islam tut sich aus historischen Gründen damit schwer. Wenn er aber Gleichberechtigung mit den Kirchen in Deutschland fordert, muss er seine Organisationsaufgaben lösen. Sonst müssen seine Forderungen als unehrliche Schlagzeilenhysterie abgetan werden.

3. Kopftuch

Für die Begegnungen zwischen den Muslimen und den Deutschen spielen praktische Alltagsfragen eine ebenso große Rolle wie die Verfassungsfragen. Das Kopftuch ist auch in muslimisch geprägten Gesellschaften umstritten. Es gibt rigiden Kopftuchzwang und Kopftuchverbote, es gibt akademisch gebildete Musliminnen, die mit Stolz das Kopftuch tragen und so die Vereinbarkeit von Islam und Bildung demonstrieren wollen, und es gibt Musliminnen, die sich durch Emigration aus einem islamischen Land ihre persönliche Freiheit erkämpfen mussten und das Kopftuch als Unterdrückungssymbol verachten. Das Kopftuch ist keineswegs allein ein religiöses Symbol. Es ist in einem damit ein eminent politisches Symbol. Deshalb ist es auch in der islamischen Welt ein Streitgegenstand. [...]

Das Kopftuch ist keineswegs allein ein religiöses Symbol. Es ist ein eminent politisches Symbol.

Niemand hat etwas dagegen, wenn eine Muslima mit Kopftuch auf den Wochenmarkt geht, die Universität besucht, im Zuhörerbereich des Parlaments oder eines Gerichtes sitzt. Sie nimmt damit die bei uns geltende Religionsfreiheit in Anspruch. Darauf sind wir stolz. Die politische Symbolik des Kopftuchs kennt aber die Religionsfreiheit nicht und intendiert die Unterordnung unseres Grundgesetzes unter die Scharia. Darum ist es eine unerträgliche Vorstellung, eine Frau könne im Auftrag unseres Staates Unterricht erteilen oder als Richterin oder Anwältin tätig sein und dabei das Kopftuch tragen.

Ein Vergleich mit der Ordenstracht einer Nonne oder mit dem Kreuz an der Wand des Klassenzimmers geht ins Leere. Niemand zwingt eine Frau, Nonne zu werden und diese Tracht zu tragen. Niemals haben die dem Kreuz Christi verpflichteten Menschen die Abschaffung des Grundgesetzes gefordert. Das alles haben das Bundesverfassungsgericht in seinem Kopftuchurteil vom September 2003 und vorausgehend und dann wieder nachfolgend das Bundesverwaltungsgericht übersehen und dabei unfreiwillig geoffenbart, wie weit religiöse Naivität bereits um sich gegriffen hat.

4. Moscheen

In Deutschland werden Moscheen gebaut. In islamischen Ländern ist der Bau christlicher Kirchen nicht möglich. Das ist ein eklatanter Verstoß gegen das Gleichheitsprinzip. Das Unbehagen der deutschen Bevölkerung würde gemindert, wenn sich die deutschen Muslimverbände bei den islamischen Staaten dafür einsetzen würden, dass Christen dort Gotteshäuser bauen dürfen. Die Religionsfreiheit, auf deren Basis die Moscheen bei uns gebaut werden, ist unteilbar. [...]

Der Bau der überwiegenden Mehrzahl der Moscheen wird von der Türkisch-Islamischen Union gefördert. Das ist ein Islamverband, der unter dem Einfluss der türkischen Regierung steht. Was bezweckt diese eigentlich mit dem forcierten Moscheebauprogramm in Deutschland? Merkwürdigerweise spielt diese Frage bei den politischen Verhandlung über einen EU-Beitritt der Türkei keine Rolle. Kann die EU Mitgliedsländer aufnehmen, die die nötigen Integrationsbemühungen absichtlich hindern?

Der häufigste Namenspatron deutscher Moscheen ist Fatih Sultan Mehmet II., der Eroberer Konstantinopels, Symbolfigur des islamischen Triumphes über das christliche Byzanz. Solche Namensgebung fördert gute Nachbarschaft nicht!

5. Bildung

Deutschland ist Einwanderungsland. Das wurde lange genug verdrängt. Dafür gibt man der CDU/CSU die Schuld. Dann wurden in multikultureller Euphorie alle Immigranten quasi unter Naturschutz gestellt: sie sind eo ipso gut, böse ist, wer sich Gedanken über ihre Einordnung in unsere kulturellen Verhältnisse macht. So die Politik von Rot-Grün. Nach dem Anwerbestopp von 1973 standen unsere ausländischen Mitbürger vor einer Entscheidung: Sie konnten sich entweder als klassische Gastarbeiter verstehen und wieder in ihre Heimat zurückkehren. So haben sich 11 von 14 Millionen entschieden. Oder sie mussten versuchen, sich in Deutschland zu etablieren und dazu konsequenterweise ihre Familien nachholen. Gefördert durch neue Regelungen bei der Vergabe der Staatsangehörigkeit hat die Mehrheit der aus der Türkei stammenden Menschen diese Entscheidung getroffen. Über ein Viertel der aus dem Ausland kommenden Menschen in Deutschland stammt aus der Türkei, unter den inzwischen eingebürgerten Menschen stehen mit 39 % diejenigen aus der Türkei an einsamer Spitze (nach ihnen 7 % aus dem

Iran und 4 % aus Afghanistan). Die Folgen sind bekannt: Wir stehen vor einer geradezu epochalen Bildungsaufgabe. Sie betrifft alle – Muslime ebenso wie Deutsche. Ihr Ausmaß wird noch deutlicher, wenn man sich die Altersstruktur verdeutlicht: Der Anteil Jugendlicher unter 18 Jahren liegt bei denen türkischer Herkunft weit vor allen anderen Ethnien. [...]

Die muslimischen Verbände fordern hin und wieder einen Religionsunterricht, damit der Islam in den Schulen endlich mit dem Christentum gleichberechtigt werde. Sie sollten diese Forderung nicht mit anklagendem Unterton gegen unseren Staat erheben. Denn dieser will den islamischen Religionsunterricht. Seine breite Einführung scheitert bislang aber daran, dass sich der Islam die dazu erforderliche Organisationsstruktur nicht geben konnte. Hier liegt also eine Aufgabe für die Muslimverbände. [...]

IV. Die Muslime und die Muslimverbände

Was können die Muslimverbände leisten? Das ist eine entscheidende Frage. An den Bemühungen um gute Nachbarschaft sind einzelne Muslime und muslimische Gruppen beteiligt. Vermutlich wird vor Ort mehr gute Nachbarschaft gelebt, als die politische Diskussion glauben macht. Es gibt landauf landab gute nachbarschaftliche Erfahrungen. Das darf aber nicht daran hindern, auch in den überörtlichen Zusammenhängen den Gedanken der guten Nachbarschaft wirksam werden zu lassen. Hier sind die Verbände in einer Kooperationspflicht. Sie sind sehr vielfältig, ziemlich unterschiedlich, oft auch uneins. Vor allem: Die Muslimverbände sind ganz schnell, wenn es darum geht, Ansprüche gegen die Mehrheitsgesellschaft zu stellen und Kritik an ihr zu üben. Regelmäßig fordern sie, dass sie ernst genommen werden sollen. Das geschieht, wenn sie als offizielle Verhandlungspartner in Anspruch genommen werden. Mehr Autorität kann ihnen gar nicht entgegengebracht werden.

Im April 2007 haben vier muslimische Verbände einen Koordinierungsrat der Muslime (KRM) gegründet. Die vier Verbände sind im Koordinierungsrat mit je zwei Personen vertreten, die Türkisch-Islamische Union, die unter starkem Einfluss der türkischen Regierung steht, mit drei Personen. Der Vorsitz wechselt halbjährlich. Erster Vorsitzender von April bis September 2007 war Ayub Axel Köhler,

Wer die Ungleichheit der Religionen feststellt, schafft die Voraussetzungen für gute Nachbarschaft. Wer sie leugnet, bereitet den Nährboden für Ängste, aus denen Gewalt hervorkommen kann.



ein deutscher Konvertit zum Islam, der besonders gerne Empörungen und Enttäuschungen über den EKD-Ratsvorsitzenden Bischof Dr. Huber äußert. Sein Nachfolger ist Bekir Alboga von der Türkisch-Islamischen Union, der sich mit scharfer Polemik gegen die evangelikalen Christen einen Namen gemacht. Der Islamrat will auf der Ebene mit dem Staat verhandeln, auf der auch die Kirchen und die anderen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften mit dem Staat verhandeln. Er hat die ihm angeschlossenen Organisationen und Moscheevereine zu einem jährlichen Tag der offenen Moschee aufgerufen und zwar am 3. Oktober, dem deutschen Nationalfeiertag. Das ist eine klare Botschaft: Wir sind hier, wir erwarten Beachtung, wir fordern Gleichberechtigung. [...]

V. Notwendige theologische Aspekte

Der Staat hat nicht die Aufgabe, die theologische Diskussion mit dem Islam zu führen. Aber es gibt – wie sich gezeigt hat – immensen Verhandlungsbedarf, damit das Ziel der guten Nachbarschaft erreicht wird. Für diese Verhandlungen ist es nötig, in den theologischen Fragen einigermaßen Bescheid zu wissen.

Wer die theologischen Fragen genauer markiert, sieht sich rasch dem Vorwurf mangelnder Toleranz ausgesetzt. Das ist absurd. Tolerieren heißt dulden, ertragen, zulassen. Für gute Nachbarschaft ist das zu wenig, zu wenig Interesse am Nachbarn, zu wenig Bemühen, ihn zu

verstehen. Erst die von der EKD geforderte „Klarheit“ macht die von ihr intendierte „gute Nachbarschaft“ möglich.

1. Die Heiligen Schriften

Die Christen bezeichnen ihre Heilige Schrift als Bibel, der Islam als Koran. Der wesentliche Unterschied ist: Der Koran gilt selbst als die Offenbarung, die Bibel gilt als das Zeugnis der Offenbarung. Der Koran ist in sich selbst heilig, die Bibel nur in abgeleiteter Weise. Offenbarungsträger im Christentum ist Jesus Christus selbst. Muslime eignen sich den Koran rezitierend an, Christen eignen sich die Bibel reflektierend an. [...]

Die Heimat des Korans ist eine ländlich-nomadische Clangesellschaft. In Europa lebende und der hiesigen Kultur zugetane Muslime fordern daher einen historisch-kritischen Umgang mit dem Koran. Nur so könne sich der Islam seines beduinischen Erbes entledigen. Zu diesem gehört z. B. die Tötung eines Stammesmitglieds, das in einen anderen Stamm übergehen will, damit den eigenen schwächt und den anderen stärkt. Aus dieser Verhaftung in den beduinischen Ursprüngen erklärt sich auch das Frauenbild; die uneingeschränkte politische und sexuelle Verfügbarkeit der (oft mehreren) Frauen für den Mann soll den Bestand der Glaubensgemeinschaft (umma) sichern. Was in der Beduinenkultur noch verständlich erscheint, ist es in der urbanen neuzeitlichen Kultur ganz gewiss nicht. Das würde rasch zutage treten, wenn auf den Koran wissenschaftliche Auslegungsmethoden mit historischer Kritik angewandt werden dürften.

Der Koran nimmt immer wieder Bezug auf das AT und auf das NT. Aber erzählt nicht wie die Bibel die Geschichten Gottes mit den Menschen, in denen Gott um das Vertrauen der Menschen wirbt. Die Mitteilungsform Gottes ist im Koran das Gesetz, die „Rechtleitung“; die Lebensgestalt der Gläubigen ist die Unterwerfung.

2. Gottesvorstellungen

Es ist bekannt, dass der Islam Jesus von Nazareth als Propheten ehrt, aber nicht – wie die Christen – als Sohn Gottes anbetet und als den Offenbarer Gottes glaubt. Christliche Theologie und Kirche haben ganz früh begonnen, die Trinitätslehre zu entwickeln. Nur sie kann das biblisch bezeugte Offenbarungsgeschehen in Jesus von Nazareth denkerisch angemessen zum Ausdruck bringen. Christliche Theologie ist trinitarische Theologie. Aus diesem Grunde steht in der traditionellen Dogmatik die Trinitätslehre am Ende als Höhe- und Zielpunkt allen dogmatischen Denkens. Aus demselben Grunde hat sie Karl Barth an den Anfang seines großen dogmatischen Werks gestellt. Auf ihr ruht alles dogmatische Denken. Die Trinitätslehre ist also nicht ein Zwischenschritt vom Polytheismus weg und zum Monotheismus hin. Vielmehr hat die Trinitätslehre intellektuelle und spirituelle Kräfte entbunden und die theologische Lehre ebenso wie den kirchlichen Kultus, die persönliche Frömmigkeit der Glaubenden ebenso wie die gemeinschaftliche Diakonie charakteristisch geprägt.

Die stürmische Expansion des frühen Islam wurde dadurch begünstigt, dass christliche Kirchen im Mittelmeerraum die anspruchsvolle Höhe der Trinitätslehre verlassen hatten. Ihre Theologie war zu einer Jesus-Vorbild-Ethik geworden. Man kann den Islam als den radikalen Vereinfacher des christlichen Glaubens bezeichnen. Als solcher hatte er damals leichtes Spiel. Als solcher begeistert er heute Europäer auf der Suche nach den einfachen Wahrheiten.

Es ist falsch, im Monotheismus einen gemeinsamen Kern von Judentum, Christentum und Islam auszumachen. Dagegen müssten sich auch die Juden und die Muslime wehren. Denn dieser Monotheismus ist ein philosophisches Konstrukt der Aufklärung. Er war immer nur Theorie, nie gelebte Frömmigkeit. [...]

3. Mission

Christentum und Islam zeichnen sich gegenüber allen anderen Religionen

dadurch aus, dass sie einen missionarischen Willen haben. Nur darum haben sie die Jahrhunderte überlebt, weil sie sich nicht einfach wie ein Verein oder ein Zweckbündnis durch neue Mitglieder ergänzen wollten, um nicht auszusterben. In ihrem Selbstverständnis ist begründet, dass sie ihre Botschaft weltweit ausbreiten wollen. Die Unterschiede zwischen Christentum und Islam in den Missionsmethoden sind oben schon benannt.

Gelegentlich werden beide Religionen aufgefordert, auf ihren Missionsanspruch zu verzichten. An das Christentum wird diese Forderung sogar von Gruppen und Einzelpersonen aus seiner eigenen Mitte herangetragen. Man hofft, durch Missionsverzicht eine Ethik des Friedens zwischen den Religionen herbeiführen zu können. Aus ihr soll dann eine weltweite Ethik des Friedens zwischen den Kulturen und Nationen folgen. Das Projekt „Weltethos“ von Hans Küng zielt in diese Richtung.

Religionen werden nicht friedlicher, wenn sie ihr Herzstück aufgeben sollen und wenn man ihre Profile abschleifen will. Darin liegt der fundamentale Irrtum dieser Forderungen. Ein anderes ist es aber, von allen Religionen eine bindende Erklärung zum Gewaltverzicht im missionarischen Handeln zu verlangen. Wenn die Kritiker der Mission für diese Forderung werben würden, könnten ihre Aktivitäten tatsächlich friedensfördernd sein.

Wer heute positiv von Mission redet wie die EKD, muss sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, christliche Mission habe kolonialistische Unterdrückung fremder Völker begünstigt, geradezu gefördert. Das Gegenteil stimmt! Die Missionsarbeit der Herrnhuter Brüdergemeine wurde 1731 begonnen, nachdem Zinzendorf vom Schicksal der Neger-Sklaven gehört hatte. Die Basler Missionsgesellschaft wurde 1815 gegründet, um die Schäden der Kolonialisierung zu beheben. [...]

4. Dialog der Religionen

Wer die Ungleichheit der Religionen feststellt, schafft die Voraussetzungen für gute Nachbarschaft. Wer sie leugnet, bereitet den Nährboden für Ängste, aus denen Gewalt hervorkommen kann. Der interreligiöse Dialog kann nur dann mit Aussicht auf Erfolg geführt werden, wenn die Gegenstände des Dialogs klar sind und die Differenzpunkte zwischen den

Religionen so benannt werden, dass sie gemeinsam bearbeitet werden können.

Die Versöhnungsliturgie, die sich in manchen christlichen Kreisen eingenistet hat, verhindert den Dialog und schafft erst die Ängste, deren Überwindung sie erreichen will. Seit der Handreichung „Klarheit und gute Nachbarschaft. Christen und Muslime in Deutschland“ vom November 2006 wird der Rat der EKD und insbesondere dessen Vorsitzender Bischof Dr. Huber nicht nur von Vertretern des Islam regelmäßig angegriffen, sondern von harmoniesüchtigen Versöhnungsprofis aus den eigenen Reihen. Dass sich daran sogar der

ehemalige EKD-Oberkirchenrat Micksch mit einer rasch zusammen geschusterten Aufsätze-Publikation und mit Manfred Kock Hubers Vorgänger im

Ratsvorsitz beteiligen, macht das Ausmaß der Aufgabe deutlich, vor der die EKD steht. Selbsttäuschungen sind nicht mehr länger möglich. Die jahrzehntelange Politik der interreligiösen Schmuserei hat einen ideologischen Scherbenhaufen hinterlassen. Auf ihm geht jetzt auch der Anstand unter Glaubensbrüdern kaputt. Micksch und Kock kennen Hubers Adresse und könnten Briefe schreiben, wenn sie anderer Meinung als er sind. Die emotionale Verwirrung hindert sie, die Texte ordentlich zu lesen. Sie nehmen auch nicht zur Kenntnis, dass es einen Zentralrat der Ex-Muslime gibt, der sich durch leidvolle Biographie und kundige Reflexion als kompetenter Gesprächspartner ausweist. [...]

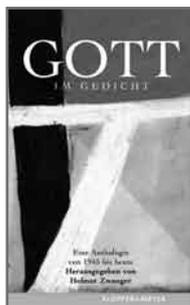
Das Ziel „gute Nachbarschaft“ ist so wichtig, dass sich Politik und Kirche von diesen Gegenstrategien nicht beeindrucken lassen dürfen. Sie müssen sie kennen. Sie dürfen sie nicht akzeptieren – um der vielen muslimischen Menschen willen, die mit uns in „guter Nachbarschaft“ leben wollen und auch leben. Die globalen und nationalen Stimmungsmacher dürfen uns Deutsche nicht abhalten, Einladungen auszusprechen und Begegnungen zu organisieren.

| Aktualisierte Fassung (Stand Dezember 2007) eines Vortrags zu diesem Thema am 07.11.2007 beim EAK-Landesverband Schleswig-Holstein in Kiel. Den vollständigen Beitrag können Sie unter www.eak-cducsu.de, Rubrik „Download“, abrufen.



Klaus Baschang

lebt als pensionierter Oberkirchenrat in Karlsruhe und arbeitet als berufenes Mitglied im EAK-Landesvorstand Baden-Württemberg mit.



Helmut Zwanger (Hrsg.):
GOTT im Gedicht.
Eine Anthologie zur deutschsprachigen Lyrik von 1945 bis heute
Verlag Klöpfer & Meyer, Tübingen 2007,
ISBN 978-3-940086-03-7,
376 Seiten, ca. 22,- EUR

Von der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart reichen die Beispiele deutschsprachiger Lyrik, die der Tübinger Theologe und Lyriker Helmut Zwanger in einer grandiosen Anthologie „Gott im Gedicht“ vorlegt. Religiöse Dichtkunst? Gesammelt wird viel. Banalitäten in Gedichtform haben ihren Markt, religiöse allzumal. Leichtverdauliches Dessert stößt auf Appetit. Doch Zwanger hat den Tante-Emma-Laden wohlfeiler Worte und Erbaulichkeiten nicht betreten. Er hat nicht schnell eingekauft oder gesammelt, was sich so fand. Zwanger hat gelesen. Und er ist dabei weit über das Repertoire hinausgegangen, das zu den „Top Ten“ gehört. Dank eigener Sensibilität für Poesie und guter Orientierung im geistigen Gehäuse der Jahrtausendwende hat er Neugier zu weiten Erkundungswegen entwickelt und ist dabei auf unzählige Dichter und Dichterinnen im deutschsprachigen Raum gestoßen, deren Worte als Worte von Zeitgenossen gelten dürfen. Er hat gelesen, weiter gelesen und ausgelesen und abgewogen. Er hat Qualitäten erkannt und ist offen für sehr differenzierte Wahrnehmungs- und Äußerungsformen. Und er hat die harte Arbeit übernommen, aus dem teilweise weitgefächerten Oeuvre einzelner Autoren jeweils das eine Exempel herauszufiltern, das Gewicht besitzt. Gott im Gedicht – das sind lyrische Texte von fast 200 Autoren – intelligent gegliedert und sorgfältig ediert. Wie lässt sich heute von Gott sprechen? Antworten, die nicht zu leicht befunden worden sind, liegen hier nun vor. Bereits die von Helmut Zwanger beigegebene Einführung lohnt, um auf Erkundung zu gehen. Martin Bubers Diktum bereitet auf Überraschungen vor: „Die Finsternis des Gotteslichts ist kein Verlöschen; morgen schon kann das Dazwischengetretene gewichen sein.“ Der Anthologie ist eine weite Verbreitung zu wünschen.

(Pfarrer Jo Krummacher MdB) †

Empfehlung ★★★★★



Seyran Ateş:
Der Multikulti-Irrtum –
Wie wir in Deutschland besser
zusammenleben können
Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2007
ISBN 978-3-550-08694-6
282 Seiten, 18,90 EUR

„Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass viele Kulturen, Sprachen und Religionen friedlich miteinander leben können und dass etwas wunderbar Neues entsteht, wenn Menschen verschiedene Kulturen verinnerlichen.“ (S. 11) – Dieses hoffnungsvolle Wort steht im kurzen Vorwort zu dem im letzten Herbst erschienenen neuen Buch von Seyran Ateş. Auch mit „Der Multikulti-Irrtum“ gelingt es der im vergangenen Jahr mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichneten Autorin ebenso kritische wie streitbare Thesen in die gesamtgesellschaftliche Diskussion um den Islam in Deutschland einzubringen. Es ist dabei insbesondere die



Arnold Angenendt:
Toleranz und Gewalt:
Das Christentum zwischen
Bibel und Schwert
Aschendorff, Münster 2007 (2. Aufl.)
ISBN 978-3-402-00215-5,
799 Seiten, 25,- EUR

Immer wieder wird man mit den dunklen Seiten der Kirche und ihrer Geschichte konfrontiert. Dann kommen – oft verzerrt und in Klischees – Leichen aus dem Keller der Vergangenheit, die Christen heute schnell überfordern und in Erklärungsnot bringen. Mit dem vorliegenden, umfangreichen Band über Toleranz und Gewalt, nämlich „über die so genannten Todsünden des Christentums“, will der renommierte Kirchenhistoriker Angenendt (geb. 1934) darüber informieren, „was die religions-, kultur- und all-gemeineschichtlichen Forschungen zu besagten Todsünden in den letzten zwanzig Jahren erbracht haben“ (Vorwort). Dadurch sind Leser in der Lage, sich ein eigenes Bild zu machen. Der Band besteht aus fünf Hauptteilen, die jeweils in sich geschlossene Abhandlungen sind. Der Autor beginnt mit einem Überblick über Toleranz und Gewalt als menschliche Erstaufgabe. Dann geht es in Teil zwei und drei um „Gottesrechte und Menschenrechte“ und „Religionstoleranz und Religionsgewalt“ (Tötung von Häretikern, die Inquisition, Umgang mit Hexen und Zauberern, die Gewalttaten in der Reformationszeit aber auch Folgen des unfehlbaren kirchlichen Dogmas). Teil vier untersucht „Heiliger Krieg und heiliger Frieden“ (u. a. Religion und Krieg, gewaltsame Mission, Kreuzzüge, Konfessionskriege) und Teil fünf das spannungsreiche und von Gewalt geprägte Verhältnis zwischen Israel und Kirche von neutestamentlicher Zeit bis zum Holocaust. Bei manchen Anfragen im Detail, ein hervorragender Band für alle, die sich auch für die schwierigen Seiten der Kirche und ihrer Geschichte interessieren und dabei dicke Bücher – allerdings mit einem hervorragenden Preis-Leistungsverhältnis – nicht scheuen. Durchweg gründlich recherchiert und allgemein verständlich beschreibt Angenendt ungeschminkt, was anderweitig gerne verschwiegen bzw. instrumentalisiert wird. Der Band hilft zur eigenen Klärung und in der Verantwortung des Glaubens in einer Zeit, in der manche lautstark fordern, dass das Christentum wegen seiner Todsünden abgeschafft werden müsse.

(Prof. Dr. Christoph Stenschke, Pastor und Dozent der Bibelschule/
Missionshaus Wiedenest)

Empfehlung ★★★★★

thematische Vielfalt, durch die sich ihr essayistisches Buch auszeichnet: Seyran Ateş befasst sich mit dem langwierigen Streit um das Kopftuch ebenso wie mit den komplexen Sachverhalten der Ehrenmorde und der Zwangsehen oder auch der Erziehung innerhalb der islamischen „community“ in Deutschland und geht damit auf viele „brennende“ politische Fragen ein. Ebenso wie seine profilierte Autorin wird gleichwohl auch „Der Multikulti-Irrtum“ umstritten bleiben: So basiert der letzte Textabschnitt (S. 36 – 40) des ersten Buchkapitels auf der durchaus provokanten These, dass die große Mehrheit der in Deutschland lebenden Moslems „nicht integriert“ (S. 36), also an einer gelungenen Integration in unsere Gesellschaft desinteressiert ist. – Lesenswert!

Empfehlung ★★★★★



Einladung zur 45. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU am Freitag, 20. Juni 2008, in Berlin

„Globale Verantwortung im Zeichen von Frieden, Recht und Sicherheit“

15:30 Uhr	Eröffnung der 45. Bundestagung in der CDU-Bundesgeschäftsstelle (Konrad-Adenauer-Haus): Thomas Rachel MdB , Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Grußworte	18:00 – 19:00 Uhr	Abendessen
16:00 – 17:00 Uhr	Rede der Bundeskanzlerin und Parteivorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel MdB	19:00 – 21:15 Uhr	Theologisches Abendgespräch „Aus Gottes Frieden leben – Wie können wir uns für einen gerechten Frieden einsetzen?“ Dr. Friedbert Pflüger MdB , Vorsitzender der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus Bischof Peter Krug , Bischof der Ev.-luth. Kirche in Oldenburg und Militärbischof der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) Günther Nooke , Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt Rolf Tophoven , Journalist und Terrorismus-experte
17:00 – 18:00 Uhr	„Aktuelle Herausforderungen nationaler und internationaler Friedenspolitik“ Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung, Christian Schmidt MdB	21:15 Uhr	Abendempfang im Konrad-Adenauer-Haus (Änderungen vorbehalten)

Ihre Anmeldeunterlagen können Sie unter folgender Kontaktadresse anfordern:
Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU | Bundesgeschäftsstelle | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin |
Telefon 030/22070-432 | Telefax 030/22070-436 | E-Mail eak@cdu.de | Internet www.eak-cducsu.de

EAK nimmt Abschied vom langjährigen Landesvorsitzenden Werner Dollinger

| Dr. Ingo Friedrich MdEP

Werner Dollinger verstarb am 3. Januar nach langer Krankheit in seiner mittelfränkischen Heimatstadt Neustadt/Aisch. Mit ihm verlieren wir einen der Pioniere der CSU und einen liebenswerten Menschen.

Geprägt von den schlimmen Erfahrungen der Diktatur und des Krieges begann Werner Dollingers politischer Weg 1945 als Mitbegründer der CSU in Neustadt/Aisch, wo er im darauf folgenden Jahr in den Stadtrat gewählt wurde. Obwohl er nie um ein Amt gekämpft hat – er legte stets wert auf seine Unabhängigkeit als Unternehmer – folgte eine außergewöhnliche politische Karriere. Insgesamt 37 Jahre arbeitete er als Abgeordneter im Deutschen Bundestag und wurde zwischen 1962 und 1987 von vier Bundeskanzlern in verschiedenen Ressorts als Bundesminister berufen.

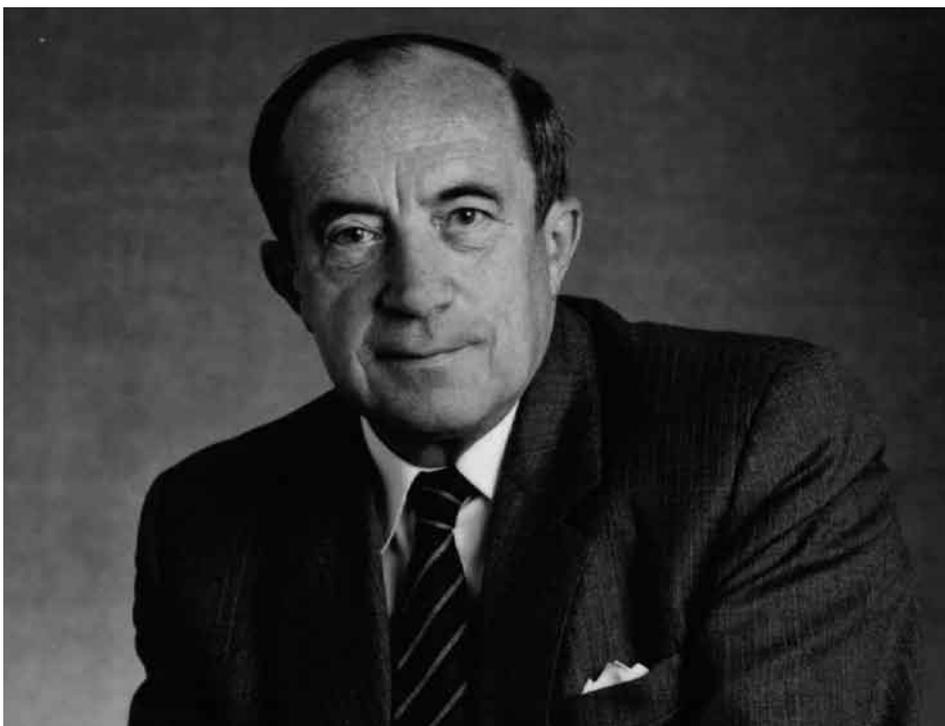
Neben seinen staatlichen Ämtern erwarb er sich große Verdienste beim Aufbau der CSU. Als Franke und Protestant hatte er es nicht immer einfach,

doch seine ausgleichende Art, sein großer Fleiß und seine Fachkompetenz als Ökonom machten ihn in der Partei zu einem gefragten Mann. 22 Jahre lang war er stellvertretender Parteivorsitzender und über 19 Jahre an der Spitze des Evangelischen Arbeitskreises der CSU (EAK). Der überzeugte Christ prägte den EAK wie kein anderer vor ihm. Es gelang ihm durch unermüdliches Engagement das Vertrauen der protestantischen Bevölkerung zu gewinnen. Immer mehr Bürger lutherischen Glaubens fanden ihre politische Heimat in der CSU und der Ruf der Union als Partei für Christen beider Konfessionen festigte sich.

Jahrelang war Werner Dollinger auch die führende protestantische Stimme in der Bonner Politik. 1970 wurde er Mitglied im EAK-Bundesvorstand. Als Mitglied der bayerischen Landessynode und später auch Synodaler der Evangelisch-lutherischen Kirchen in Deutschland war er selbst ein wichtiges Bindeglied zwischen Kirche und Politik. Sein politisches Handeln war stets geprägt von christlicher

Werteorientierung. Er zeigte trotz hoher Ämter immer auch Bescheidenheit und Demut. Durch seine stete Bereitschaft Verantwortung zu übernehmen, handelte er im Sinne Martin Luthers, der die politische Verantwortung als „Beruf aller Christen“ im Staat bezeichnete. Seine Motivation, sich für Solidarität und eine gerechte Gesellschaftsordnung einzusetzen, in der Armut bekämpft wird und Chancengleichheit herrscht, entsprang dem christlichen Gebot der Nächstenliebe. Das Ergebnis, die Etablierung der Sozialen Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung in Deutschland ist eine der größten Errungenschaften christlicher Politiker dieser Epoche. Wenn wir heute in der Europäischen Union gefordert sind, Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu finden, blicken wir auf dieses deutsche Erfolgsmodell und versuchen es auf die globalen Märkte in Form einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft zu übertragen.

Die Politik der Zeit Werner Dollingers war angesichts der frischen Erinnerung an das Unheil der zwei verheerenden Weltkriege stärker noch als heute von dem Auftrag geleitet, in Deutschland und in Europa dauerhaft Frieden zu sichern. In Erinnerung der Botschaft aus den Seligpreisungen bei Matthäus: „Selig, die Frieden stiften“ (Mt 5,9) war es für einen christlichen Politiker wie Werner Dollinger eine selbstverständliche Verpflichtung, sich für seine Mitmenschen einzubringen. Er hat diese Aufgabe erfüllt, indem er den größten Teil seines Lebens und seiner Kraft in den Dienst der Allgemeinheit stellte. Wir können heute mit großer Dankbarkeit zurückblicken, auf sein großartiges Lebenswerk. CSU und EAK werden ihm für immer ein ehrendes Gedenken bewahren.



Dr. Ingo Friedrich MdEP ist stellv. CSU-Parteivorsitzender, Quästor und Präsidiumsmitglied des Europäischen Parlaments und Nachfolger Werner Dollingers als Landesvorsitzender des EAK.

Dekan Franz Doleschal verstorben

„Auferstehung ist unser Glaube, Wiedersehen unsere Hoffnung.“ (Augustinus)

Die unfassbare Nachricht hat uns dieser Tage alle erschüttert und traurig gemacht: Dekan Franz Doleschal ist nicht mehr unter uns. Er wurde am 19. Januar unerwartet und überraschend von dieser Welt abberufen. Mit ihm ist nicht nur ein verdienstvolles Mitglied des EAK und aufrechter Christdemokrat von uns gegangen: Viele Jahre war Franz Doleschal Vorsitzender des EAK-Landesverbandes Baden, Mitglied des EAK-Bundesvorstands, Gründervater des EAK-Kreisverbandes Breisgau-Hochschwarzwald und zuletzt stellvertretender Landesvorsitzender im fusionierten EAK-Verband Baden-Württemberg. Für die CDU amtierte er als Mitglied des Landesvorstandes Baden-Württemberg, des Bezirksvorstandes Südbaden sowie des Kreisvorstandes Breisgau-Hochschwarzwald. Mit ihm verlieren wir nicht nur einen politischen Weggefährten, dem es nicht um die eigene Profilierung, sondern um die Einbringung christlicher Werte in die Politik ging. Mit ihm werden wir auch einen wertvollen Menschen, Seelsorger, väterlichen Freund, Mentor, Reisebegleiter und Sportkameraden vermissen. Was hat er nicht alles unter einen Hut



gebracht: Seinen Dienst als Dekan des Kirchenbezirkes Müllheim und Stadtpfarrer, das Engagement in der Politik auf höchster Ebene, die vielen Reisen vor allem in die Länder der Bibel wie auch den Einsatz für Sport und Ehrenamt. Bei allem wahrte und hütete er sein ihm liebste Refugium: seine Familie. Die persönliche Begegnung mit den Menschen ohne Ansehen der Person stand für Franz Doleschal im Vordergrund seines Handelns. Er war beliebt und wurde geliebt. Sein Humor half ihm, die Herzen zu erobern. Im aktiven Ruhestand hatte er gemäß seinem neuen Motto: „Gott schickt nicht in Rente“ noch so vieles vor.

Franz Doleschal wird uns und mir sehr fehlen. Tröstlich die Worte, die Franz Doleschals Tochter Anke, wie ihr Vater Pfarrerin, während der Trauerfeier gesprochen hat: „Wir winken einem lebendigen Diener Gottes nach, der nun erleben darf, wovon er gepredigt hat.“ Franz Doleschal selbst hatte im Hinblick auf die Jahreslosung aus Johannes 14,19, „Ich lebe und ihr sollt auch leben“, kurz vor seinem Tod folgendes gepredigt: „Wir denken immer, das Leben liegt hinter uns: Je mehr Jahre dahingehen, desto mehr Leben ist abgelaufen und vorbei. Aber die Jahreslosung hilft uns, daran zu erinnern, dass es genau umgekehrt ist: Je mehr Zeit wir hinter uns lassen, desto näher kommen wir dem richtigen Leben. Das richtige Leben, das ist ein Leben ohne Vergänglichkeit, da gibt es keine Krankheiten mehr und keine Schmerzen. Richtiges Leben, da gibt es keine Einsamkeit mehr und keine Ungerechtigkeit. Richtiges Leben, das ist Leben ohne Ängste und Zweifel, richtiges Leben, das ist Leben in der Gemeinschaft mit Gott. Und weil christlicher Glaube diese Hoffnung hat, deshalb blicken wir optimistisch in die Zukunft und achten auf die Spuren des Wirkens von diesem lebendigen Gott.“

| Für den EAK-Landesverband Baden-Württemberg,
Dr. Norbert Lurz

| Für den EAK-Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald,
Ingeborg Babucke

Jahresempfang des Evangelischen Arbeitskreises der CSU in München

Toleranz ohne Selbstaufgabe ist ein wichtiges Element der Identität Europas“, betonte der stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende und Quästor des Europäischen Parlaments, **Dr. Ingo Friedrich**, vor rund 300 Gästen im Münchner Künstlerhaus anlässlich des Jahresempfanges des Evangelischen Arbeitskreises der CSU. Ehrengast des Abends war der EKD-Ratsvorsitzende, **Bischof Dr. Wolfgang Huber**. Ingo Friedrich meinte,

dass die Anrede „Bischof“ angesichts der Tatsache, dass der EKD-Ratsvorsitzende rund 27 Millionen evangelische Christen repräsentiere, schon fast eine Tiefstapelei sei und dankte Bischof Huber herzlich für sein Kommen. „Es sind hoffnungsvolle Anzeichen für eine Renaissance der christlich-konservativen Wertegrundlage zu erkennen, die die Seele Europas bildet. Europa versucht auf dieser Grundlage, Hilfe für Schwächere mit hoher Leistung

zu verbinden und kann insofern ein Modell für andere Weltregionen sein“, so Ingo Friedrich. Er würdigte, dass es Huber gelungen sei, „der Evangelischen Kirche in Deutschland eine Stimme mit Autorität zu geben, die nicht mehr überhört werden kann“. In seinem Festvortrag plädierte der EKD-Ratspräsident für einen aufrichtigen Dialog mit dem Islam. Momentan seien in Deutschland mehr Moscheen im Bau oder in Planung, als bisher existierten.



v. l.: Bischof Dr. Wolfgang Huber, Dr. Ingo Friedrich, Bischof Dr. Johannes Friedrich

Aus evangelischer Sicht gehöre der Bau von Moscheen zum Recht auf Religionsfreiheit, jedoch dürfe in diesem Zusammenhang auch an die prekäre Lage der

christlichen Gemeinden in islamischen Ländern erinnert werden. Auch stelle sich die Frage, ob mit diesem Bauprogramm ein nicht annehmbarer gesellschaftlicher Dominanzanspruch verbunden sei.

Huber erinnerte unter Anspielung auf die scherzhafte Bezeichnung der Agenda 2010 als „Zehn Gebote“ an das erste Gebot, „Ich bin der Herr Dein Gott, Du sollst keine anderen Götter neben mir haben“. Dies werde nicht nur als Forderung Gottes zu wenig beachtet, es sei auch mit einer Freiheitszusage verbunden, der aus evangelischer Sicht zentrale Bedeutung zukomme. Eindringlich plädierte Huber für die umfassende Anerkennung des Prinzips der Nachhaltigkeit, das nicht nur für die Bewahrung der Schöpfung gelten müsse, sondern auch auf die

demographischen Probleme anwendbar sei. Gerade in der Familienpolitik gelte es, christliche Grundlagen im Blick zu behalten. Die Formulierung „Familie ist, wo Kinder sind“, wies der EKD-Ratsvorsitzende als unhaltbar zurück.

Bayerns Landesbischof Dr. Johannes Friedrich bekundete völlige Übereinstimmung mit dem Vortrag Hubers, und betonte, wie wichtig ihm der Evangelische Arbeitskreis sei. Er freue sich, dass dieser Christen eine zusätzliche Möglichkeit gebe, sich politisch zu engagieren. Der Empfang des EAK wurde von einem Sängerkwartett aus Ehemaligen des Windsbacher Knabenchors musikalisch umrahmt. Die Schirmherrschaft hatte der bayerische Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein.

27. EAK-Wochenendseminar in Hermannsburg

Das 27. EAK-Wochenendseminar in der Lutherischen Heimvolkshochschule in Hermannsburg stand in diesem Jahr unter dem Leitthema „Rechtsextremismus: Eine Anfrage an Kirche, Politik und Gesellschaft“. Der Freitagabend diente mit Erfahrungsberichten aus der Region um Hermannsburg, wo Rechtsextreme zeitweise ein Schulungszentrum unterhielten, der Einführung in das Tagungsthema. Am Samstag standen die drei Hauptreferate mit anschließender Aussprache auf dem Programm. Zunächst berichtete Pfarrer Klaus J. Burckhardt aus dem „Haus Kirchlicher Dienste“ der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers über die kirchliche Aktion „Schritte gegen Tritte“, die seit einigen Jahren insbesondere in der Konfirmanden- und kirchlichen Jugendarbeit zur Prävention gegen Gewalt und Rassismus betrieben wird. Professor Dr. Wolfgang Böhmer, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, beleuchtete den „Rechtsextremismus als Anfrage an Staat, Kirche und Gesellschaft“. Ausgehend von der Feststellung, dass die Menschen in einer freiheitlichen offenen Gesellschaft lernen müssen, mit Spannungen umzugehen, betonte Böhmer die Notwendigkeit, einem zunehmenden Auseinanderklaffen von Arm und Reich entgegenzusteuern. Die Anfälligkeit für



Bischof Jürgen Johannesdotter (rechts)

extremes Gedankengut hänge auch ab von der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung. Zur Demokratie-Akzeptanz gehöre daher eine Leistungsgesellschaft, die es jedem Einzelnen ermöglicht, sein Leben nach seinen Vorstellungen zu gestalten. Das Zusammenwachsen der Welt im 21. Jahrhundert erfordere eine Diskussion über die richtige Orientierung in dieser Welt statt Einigelung und Abgrenzung. Die gemeinsame Aufgabe von Staat, Kirche und Gesellschaft bestehe daher darin, bewahrens-werte Grundsätze des Zusammenlebens und der Humanität zu erhalten und neue Herausforderungen anzunehmen. Landesbischof Jürgen Johannesdotter, Ev. Luth. Landeskirche Schaumburg-Lippe, knüpfte hieran an mit seinem Referat „Extrem = orientierungslos: Als Kirche gefordert oder



Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer

überfordert?“ Als wesentliches Merkmal der reformatorischen Aussage vom Priestertum aller Glaubenden beschrieb Johannesdotter die Fähigkeit der Menschen, durch eigene Kenntnis der christlichen Lehre die Geister unterscheiden zu können und die Bibel ins eigene Leben zu ziehen. Neben klaren gemeinsamen Worten der Kirchenleitungen gegen menschenverachtende Ideologien müsse daher die Jugendbildung gestärkt werden. Das Erzeugen von Gemeinschaftsgefühl, in dem die Jugendlichen mit ihren Schwächen geborgen sind, dürfe nicht den Rechtsextremen überlassen werden, dies sei vielmehr eine wichtige Aufgabe für Kirche und Schule. Wichtig seien Arbeitsmöglichkeiten für weniger Begabte. Gerade Hauptschüler müssten intensiv begleitet und auf Bewerbungen vorbereitet

werden, damit kein Jugendlicher verloren geht. Wo sich Menschen um Menschen kümmern, hätten Extreme keine Chance. Gemeinden könnten „Kompass-Kurse“ für Jugendliche anbieten, aber auch den neutralen Boden für überparteiliche Bündnisse gegen Extremisten bieten und Orte für die Einübung von Werten schaffen, beispielsweise durch Kooperationen bei Ganztagsangeboten der Schulen. Es folgten eine intensive Diskussion und der

traditionelle Kaminabend mit Berichten von der Arbeit des EAK auf Bundes- und Landesebene, bei dem die Referentin des EAK, **Melanie Liebscher**, über die Arbeit der EAK-Bundesgeschäftsstelle informierte. Am Sonntag nach dem gemeinsamen Gottesdienstbesuch gab es zum Abschluss der Tagung Gelegenheit, durch **Pastor i.R. Hans-Reinhard Rapp** aus Hermannsburg an den Erinnerungen eines Zeitzeugen der NS-Diktatur teilzuhaben.

EAK Berlin-Brandenburg

Diskussionsabend zum Thema „Patientenverfügung“

„Was ist eine wirksame Patientenverfügung und welche rechtlichen Regelungen gibt es?“ – Mehr als 70 interessierte Bürger kamen zu einem Informations- und Diskussionsabend in die Aula der Grundschule Zepernick, zu dem die CDU-Fraktion Panketal und der EAK Berlin-Brandenburg den EAK-Bundeschäftsvorsitzenden **Thomas Rachel** MdB, die Intensivmedizinerin Dr. Barbara Düster (Klinik Hennigsdorf) und den Palliativmediziner Dr. Reinhold Schrambke (Kuratorium der Akademie für Palliativmedizin Brandenburg) eingeladen hatten.

Thomas Rachel berichtete zunächst über den Stand der Debatte im Deutschen Bundestag und gab einen Überblick über die derzeitigen Entwurfstexte. Neben der Notwendigkeit, beim Thema Patientenverfügung zu rechtlich verbindlichen Regelungen zu kommen, betonte er, dass solche Verfügungen insgesamt als ein ergänzendes Instrument bei den umfassenden und vielfältigen Herausforderungen am Ende des Lebens aufzufassen seien. Wer von Patientenverfügungen „Wunder“ erwarte oder ihre Möglichkeiten unrealistisch überschätze, begehe einen schwerwiegenden Irrtum: „Erst die Erkenntnis von der grundsätzlichen Bedeutung der Chancen, aber auch der Grenzen von Patientenverfügungen wird uns in den weiteren Diskussionen zu wirklich verantwortungsvollen Ergebnissen führen“, unterstrich der Bundesvorsitzende.

Die Vorträge der beiden Ärzte, **Frau Dr. Düster** und **Herr Dr. Schrambke**, zeigten, wie wichtig es in jedem Falle ist, zuallererst das vertrauensvolle Gespräch mit dem Arzt zu suchen. Eine ergänzende Vorsorgevollmacht wurde ebenfalls

empfohlen. Mit einer solchen Vollmacht kann eine Person des Vertrauens Entscheidungen im Sinne des Patienten übernehmen, zu der der Betroffene selbst nicht mehr in der Lage ist. Denn mit der Änderung der Lebensumstände und der Möglichkeiten der Medizin ändert sich erfahrungsgemäß auch die Einstellung zu medizinischen Maßnahmen.

In der anschließenden Diskussion, in der auch über den praktischen Gebrauch von Patientenverfügungen gesprochen wurde, zeigte sich sehr schnell, dass es bei der Vielzahl unterschiedlichster Vordrucke und Formulierungsentwürfe nicht darum gehen könne, einfach auf irgendein beliebiges Standardformular zurückzugreifen. Eine wirklich situationsbezogene Entscheidung sei bei einer vorab verfassten Patientenverfügung letztlich immer schwierig. Patientenverfügungen blieben daher auch künftig immer interpretationsbedürftig.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU Panketal, **Hans-Joachim Bernhardt**, fasste es in seinem Schlusswort treffend zusammen: „Beraten Sie sich mit Ihrem Arzt, besprechen Sie es mit der Person Ihres Vertrauens. Wir sammeln massenhaft Informationen im Internet, aber geben wir uns genau so viel Mühe miteinander zu reden und zuzuhören?“



Impressum

Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

Herausgeber Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich, Christine Lieberknecht, Dieter Hackler, Hans-Michael Bender, Norbert Kartmann

Redaktion

Melanie Liebscher, Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070-432, Fax: 030/22070-436,
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducus.de

Konto Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,
Konto-Nr. 266 098 300

Autoren

- Prof. em. Dr. Hans-Martin Barth
Kontakt über E-Mail:
barthh-m@staff.uni-marburg.de
- Klaus Baschang, Oberkirchenrat i.R.
Schlehenweg 3
76149 Karlsruhe
- Pfarrer Jo Krummacher MdB †
- Prof. Dr. Christoph Stenschke
Missionshaus Bibelschule Wiedenest e.V.
Olper Straße 10
51702 Bergneustadt
- Dr. Ingo Friedrich MdEP
Quästor des Europäischen Parlaments
Bühlingerstraße 12
91710 Gunzenhausen.
- Dr. Norbert Lurz/ Ingeborg Babucke
c/o CDU-Landesgeschäftsstelle
Hasenbergstr. 49b
70176 Stuttgart

Druck Druckerei Conrad

Gestaltungskonzeption/Realisation
Agentur kollundkollegen., Berlin

Fotonachweis Titelseite: Fotolia – Kurt Duchatschek; S. 3, 6: Joachim Wolf; S. 4/5: Fotolia – toufikbobo; S. 7: Fotolia – DXfoto; S. 8/9: Fotolia – Robsen; S. 11: Fotolia – Edward White; S. 13 Fotolia – dotshock; CDU ; S. 15: CDU

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber.

Papier: 100 % chlorfrei



*„Der Gott des Friedens aber mache euch tüchtig in allem
Guten, zu tun seinen Willen“ (Hebr. 13,20f.)*

In der österlichen Freudenzeit vernehmen wir den Aufruf, uns der Kraft des lebendig machenden Geistes zu öffnen und durch ihn wandeln zu lassen. Die erste Frage an uns selbst muss daher lauten: Haben wir den Friedensgruß des Auferstandenen, pax vobiscum, auch im Alltag unserer Tage in unseren Herzen bewahren können? Haben wir wirklich verstanden, was es heißt, dass Gott „den großen Hirten der Schafe, unsern Herrn Jesus, von den Toten heraufgeführt hat“? Wir werden nur dann das Liebesopfer Jesu und sein Friedensgeschenk an diese Welt verstehen können, wenn wir begreifen, dass Gott auch den fortwährenden Unfrieden in uns selbst und mit unseren Nächsten heilen will. Wenn wir nicht ganz in die Tiefe von Kreuz und Auferstehung Christi blicken, verfehlen wir das Angebot der Gnade, das hier auch für unser persönliches Leben bereitliegt.

Der christliche Glaube richtet seine Erwartungen nicht auf irgendeine beliebige Form von „Frieden“. Schon gar nicht geht es darum, bloß „political correct“ oder diplomatisch die tatsächlich bestehenden Konflikte mit meinem Nächsten zu überspielen, im Wahne etwa, dies wäre bereits Friede. Worum es geht, ist vielmehr dies: Ich muss lernen, dass der Friedensgruß des Auferstandenen auch mir ganz persönlich gilt und mein Leben von Grund auf neu formen will. Schon im Hinblick auf die Gestaltung der ganz persönlichen Friedensbezüge hat Phil Bosman einmal den sehr schönen Rat erteilt: „Du kannst sehr viel profitieren, wenn du mal bei dir selbst suchst. Über sich selbst nachdenken, die Wahrheit über seine eigenen Fehler und Mängel akzeptieren, ist der einzige Weg zum Frieden mit sich selbst und zum Verständnis für die anderen. Frag mal dich selbst, wie du Erwartungen anderer erfüllst. Vielleicht geht dir auf, wie schwierig es für andere ist, dich gern zu haben, gut zu dir zu sein. Vielleicht hast du allerhand gutzumachen.“

Christian Meißner

Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU

